



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1909

197 (29.4.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-315497](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-315497)

General-Anzeiger



Abonnement: (Badische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

70 Pfennig monatlich, Bringerlohn 25 Pf. monatlich, durch die Post bez. incl. Postzuschlag M. 2.45 pro Quartal. Einzel-Nummer 5 Pf.

Inserate: Die Colonne-Seite . . . 25 Pf. Auswärtige Inserate . . . 30 Die Reklame-Seite . . . 1 Mark

Gefestete und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“. Telefon-Nummern: Direktion u. Buchhaltung 1449 Druckerel-Bureau (Namen-Druckarbeiten) 841 Redaktion . . . 877 Expedition und Verlagsbuchhandlung . . . 218

Nr. 197.

Donnerstag, 29. April 1909.

(Abendblatt.)

Zur Lage.

Die in Berlin erscheinende „Allgemeine Korrespondenz“ will darüber unterrichtet sein, was Fürst Bülowlun werde, wenn der Reichstag dem Beschlusse beitrifft, an die Stelle der Erbschaftsteuer die Reichsverzinsungsteuer treten zu lassen. Sie schreibt:

Wir glauben Grund zu der Annahme zu haben, daß der Reichskanzler, wenn der Reichstag die Finanzreform in einer Weise veranlaßt, sein Amt niederlegen würde. Er würde es tun aus sachlichen Gründen sowohl, wie aus allgemein politischen. Aus sachlichen, dem Wannen von so außerordentlicher Sachkenntnis, wie der preussische Finanzminister und der Reichsbankpräsident, haben den Weg der Reichsverzinsungsteuer für nicht gangbar erklärt. Abgesehen von allen anderen dagegen sprechenden Gründen ist nicht einmal schätzungsweise festzustellen, was diese Steuer dem Reiche eintragen würde. Deshalb könnte sie höchstens als Ergänzung zur Erbschaftsteuer herangezogen werden, da diese Steuer um etwa 40 Millionen weniger bringen dürfte, als die ursprünglich geplante Nachlasssteuer. Die Regierung kann aber nicht daran denken, eine Steuer von höchst fragwürdigem Werte und unsicherem Ertrage an die Stelle der einwandfreien Besteuerung der Erbschaften treten zu lassen.

Für den Reichskanzler persönlich sind die Gründe allgemein politischer Natur noch durchschlagender, als die finanziellen. Er hat im Spätherbst 1906 den mutigen Versuch unternommen, das Deutsche Reich von der Willkürherrschaft des machtrunkenen Zentrums zu befreien.

Nun erscheint die Zeit der Zentrums Herrschaft wieder angebrochen zu sein, denn das Zentrum wird sich die Zustimmung zu dem konservativen Antrage Dietrich u. Genossen neuer bezahlen lassen. Es würde vor allem darauf bedacht sein, daß die Reichsfinanzreform das Gesicht trägt, das ihm — dem Zentrum — zuzagt. Und künstlich würden wieder allen Gezeiten der Stempel „von Zentrumsnutzen“ aufgedrückt sein, wie es vor dem 13. Dezember 1906 regelmäßig der Fall gewesen ist.

Daß der Reichskanzler die an ihn gerichtete Herausforderung mit der Auflösung des Reichstages beantwortet würde, glauben wir nicht. Bei einer solchen Auflösung würden allerdings die Konservativen die von ihnen bei der Finanzreform bisher besorgte Laktik billiger zu bereuen haben, aber den Hauptvorwurf von den konservativen Parteien würde die Sozialdemokratie davontragen und damit wäre die liberal-sozialistische Mehrheit wieder hergestellt. Der Reichskanzler ist zu patriotisch, einen solchen Zustand herbeiführen zu wollen, er dürfte es vorziehen, selbst als Opfer einer verkehrten Politik der konservativen Partei zu fallen.

Doch auch ohne Reichstagsauflösung dürften die Konservativen es zu bereuen haben, den Kanzler rein aus Uebermut gestürzt zu haben. Wir sagen aus „Uebermut“, denn nachdem die Erbschaftsteuer so ausgestaltet werden soll, daß sie den agrarischen Bedenken weitgehende Rechnung trägt, ist ein sachlicher Grund dafür, sie zu bekämpfen und damit zugleich den Block zu sprengen, nicht ausfindig zu machen. Die konservative Wählerchaft dürfte ihren Abgeordneten kaum dankbar dafür sein, ohne Not einen Mann gestürzt zu haben.

der sich um das Vaterland in mannigfacher Hinsicht wohl verdient gemacht hat und obendrein noch diesen Sturz des Reichskanzlers mit der Beugung unter das Zentrumsoch zu bezahlen.

In jedem Falle ist die Lage außerordentlich düster. Wir möchten wünschen, daß die Konservativen sich noch in letzter Stunde die Sache überlegen und die Verantwortung für einen Kanzlerwechsel nicht übernehmen. Andernfalls dürften die nächsten Jahre für Deutschland wenig erfreulich sein. Nicht sowohl wegen der Person des künftigen Reichskanzlers — die wir ja noch nicht kennen, für die oder gegen die wir also einstweilen nichts haben können — als vielmehr wegen der dann sicheren Vorherrschaft des Zentrums.

Wir können nicht wissen, ob der Verfasser dieses Artikels die Intentionen des Reichskanzlers genau kennt, aber wir möchten fast wünschen, er kenne sie nicht genau. Ein einfaches Zurückweichen des Kanzlers vor den Konservativen und dem Zentrum — das wäre ein kläglicher Ausgang dieser Kanzlerschaft, Fürst Bülowlun würde seines Namens Ruhm damit nicht mehren, sondern gewaltig mindern. Noch mehr, er würde unverantwortlich gegen die Nation, unverantwortlich gegen jene Millionen nationalgefingener Wähler handeln, die ihm halfen, das Zentrum in die Kniee zu zwingen, unverantwortlich gegen den Kaiser und das Reich. Denn es ist klar, daß diese milde Resignation Bülowluns den Uebermut des Zentrums und die Herrschsucht der Agrarkonservativen bis zur Unerträglichkeit steigern würde. Vom Zentrum würden wir dann noch ganz andere Dinge erleben, als vor dem nationalen Aufbruch 1906, und die Konservativen würden sich beeilen, die wenigen Konzessionen, die dem Liberalismus in der Wodora gemacht worden sind, so schnell wie möglich zu bejähren. Dieser neue konservativ-liberalistische Ansturm würde natürlich schwere innere Kämpfe heraufzuführen. Wie eine vom Zentrum durchgeführte Reichsfinanzreform aussehen würde, brauchen wir nicht erst zu sagen. Der einfache Nichttritt Bülowluns wäre geradezu eine Untrennung gegen die Januarereignisse von 1907. Wir meinen, Bülowlun muß unter allen Umständen die Konservativen bewegen, so oder so. Entweder er bringt sie noch zum Einlenken und hemmt ihr Abschwenken zum Zentrum, oder er nimmt den offenen Kampf gegen sie auf, löst den Reichstag auf und wirft sie in der Wahlkammer. Gewiß sind die Aussichten eines Wahlkampfes nicht ganz sicher, und man versteht, daß ein vorsichtiger Staatsmann alle Risiken genau abwägt. Aber wir meinen, sie sind doch immerhin so sicher und gut wie 1906. Der Wahlkampf müßte allerdings mit äußerster Anspannung aller Kräfte geführt werden. Dann sollte es möglich sein, bei der gegenwärtigen Stimmung in den Wählerkreisen eine nationale Mehrheit für die Reichsfinanzreform zustande zu bringen. Die Konservativen zur Nachgiebigkeit bringen oder ihren Widerstand zerbrechen, das ist die Aufgabe, vor der der Reichskanzler steht. Wir meinen daher, daß der Artikel der „Allgemeinen Korrespondenz“ wohl mehr als eine freundliche Vorstellung an die Konservativen anzufassen ist, sich zu überlegen, was sein würde, wenn Bülowlun nicht mehr Kanzler, und sich daher an der Kanzlerführung des Zentrums nicht zu beteiligen. Ob freilich in diesem

Stadium der Sache mit freundlichen Vorstellungen bei den Konservativen noch viel zu erreichen ist, ist eine andere Frage.

Zur Kritik schreibt die „Nat. Lib. Korresp.“: Es dünkt uns müßig, darüber zu debattieren, ob der Block noch besteht oder nicht. Das ist, wie die Dinge sich nachher abgefallen haben, eine Doktorfrage. Schließlich stehen wir doch vor der Tatsache, daß die Konservativen von den bisherigen Gefährten mit Beihilfe abgerückt sind und daß sie ihre Entschlossenheit bekundet haben, in der Opposition gegen diejenige Steuerart zu verharren, die von der Regierung zu wiederholten Malen als *conditio sine qua non* bezeichnet worden ist. Wohin dieser konservative Widerstand noch führen wird, wissen wir nicht; ist auch nicht unsere Sache, zu entscheiden. Immerhin wird man es uns wohl nicht verdenken können, wenn wir in dem Streit um die Wacht, der nunmehr entbrennt ist, der Regierung den Sieg wünschen. Sie würde in diesem Falle die Interessen der Gesamtheit gegenüber heimlicher Partei-eigenliebe vertreten.

Als Kriegserklärung an den leitenden Staatsmann bezeichnet die „Post. Ztg.“ den konservativen Antrag. In einem leitenden Blatt der Rechten war dieser Tage zu lesen, in konservativen Kreisen wachse von Tag zu Tag die Stimmung, die ein weiteres Mitarbeiten im Block aus Gründen der Selbstachtung kaum noch für möglich hält. Ueber die Gründe brauchen wir uns nicht mit der Rechten auseinanderzusetzen. Sie lassen sich nicht mit mathematischer Sicherheit feststellen. Es genügt, daß die Konservativen die Finanzreform nicht mit den Liberalen, sondern mit dem Zentrum machen wollen. Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß die bürgerliche Linke weit entfernt ist, um des Blocks willen ihren Standpunkt preiszugeben und sich der Rechten in die Arme zu werfen. Geht der Block in die Brüche, auch gut, wir werden ihm keine Kränze nachweihen. Daß er nur eine zeitweilige Verbindung für bestimmte Zwecke darstellte, daß er voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein werde, haben wir von jeher ausgesprochen. Aber es ist uns durchaus erwünscht, daß nicht die Linke, sondern die Rechte den Block sprengt, daß nicht die Freisinnigen, sondern die Konservativen die bisherige Parteilagergruppierung zerstören, und daß Recht und Zentrum gemeinsam dem Fürsten Bülowlun in der Finanzreform selbstherrlich das Fest aus der Hand schlagen. Ist die Regierung nicht entschlossen, für diesen Fall den Reichstag aufzulösen, gegen Konservativen und Zentrum, so kann sie getrost den Degen einstecken. Wer nicht den Glauben hat, zu siegen, hat den Feldzug im Voraus verloren. Ein Reichskanzler aber, der in diesem Augenblicke nach seinen Neben dem Wohlgebot der Rechten Wohl zu unterwerfen, der wäre nicht ein leitender, sondern ein leidender und geleiteter Staatsmann.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 29. April 1909

Bund der Landwirte und Wertzuwachssteuer.

Solange die Wertzuwachssteuer von anderen Parteien befürwortet wurde, ist sie vom Bund der Landwirte mit denselben Gegenständen bekämpft worden, wie zurzeit die Erbschaftsteuer. Dafür bietet eine Erklärung, die vor zwei

Genilleton.

Entthronte Sultane.

Die Vorgänge, die sich jetzt in Konstantinopel abspielen haben, sind nicht ohne Beispiel in der an Wechsellällen so reichen türkischen Geschichte. Schon vor Abdul Hamid hat eine Reihe von Sultanen vom Thron abgestürzt werden müssen, um einem Nachfolger Platz zu machen und den Rest des Lebens in irgend einem Schloß zu verbringen. Nicht immer freiwillig ist es äußerer Zwang gewesen wie diesmal, der solche einen Entschluß herbeiführt, sondern gleich der erste der osmanischen Herrscher, der abdankte, war der edle Murad 2., den bittere Erfahrungen, traurige Familienereignisse und eine Verachtung alles Pompes und Gepranges zum Verzicht auf den Thron bestimmten. In der Schlacht von Risch (1448) war er von den Christen gefangen worden; so schloß er denn einen sechsjährigen Friedensvertrag mit Europa, ordnete alle Verhältnisse in seinen asiatischen Ländern und übergab die Herrschaft seinem zweiten Sohne Prinz Mudammed. Der klägliche Tod seines ältesten Sohnes, des Prinzen Kladdia, war wohl die Hauptursache für diesen Entschluß. In strenger Abgeschlossenheit, aber nicht in sonatlicher Weise, sondern im schönen Gemüthe seines Lebens verbrachte er seine letzten Jahre in seinem Palast bei Magnesia. Tragischer gestaltete sich die Abdankung Sultan Bajazets 2., dessen Kalifat durch die fortwährenden Rebellionen seiner nächsten Verwandten erschüttert wurde. Nachdem er sich mit Hilfe der Anaristie seines jüngeren Bruders, des abenteuerlichen und genialen Prinzen Jem, erwehrt hatte, traten seine Söhne gegen ihn auf. Der älteste Vorkind erhob die Waffen gegen ihn und mußte nach Ägypten fliehen. Darauf ernannte Bajazet seinen zweiten Sohn Achmed zu seinem Nachfolger, doch

der dritte Sohn Selim mußte die Janitscharen, die allmächtige Leibgarde der Sultane, auf seine Seite zu bringen, die ihn nach blutigen Kämpfen mit dem Vater zum Herrscher des Reiches anriefen. Bajazet wurde 1512 gezwungen, abzutreten, und nach Demotika in die Verbannung geschickt; auf dem Wege dahin ist er gestorben.

Die Janitscharen haben auch sonst öfters die Geschicke des osmanischen Reiches bestimmt und unzulässige Herrscher vom Throne entfernt. Nach dem allzufrühen Tode des kräftigen Sultans Murad 4., der durchgreifende Reformen einleitete, aber schon mit 28 Jahren starb, war 1640 der ausweichende und ganzsame Ibrahim 1. zur Regierung gekommen. Nach acht Jahren brach die Erbitterung über seine Taten in einer Verschwörung der Janitscharen und Ulema durch, die ihn entthronten, ermordeten und an seine Stelle als Muhammed 4., ein siebenjähriges Kind auf den Thron erhoben. Eine tragische Missethat, ein dühneres Verhängnis lag auf dem Leben dieses Knaben, der, als er heranwuchs, seine Schwelgerei für sich regieren ließ und sich selbst einer sinnlosen Leidenschaft zur Bege hingab. Man erzählte sich im Volke, daß sein Vater Ibrahim, als er selbst den Todesstreich erhielt, um seinem Sohne auf dem Thronerben Platz zu machen, seinen Speerstoß verzögert habe, er möge wie ein wildes Bier durch das Leben gehen werden. Und dieser Plan ging in Erfüllung; die Töchter seines Vaters ließen dem Sultan keine Ruhe. Eine krankhafte Angst hatte er vor seinen beiden Weibern, in denen er keine Nebenbuhler sah, und die von der klugen Sultanim Tarchen und ihren Ministern vor seinen Vorhaben geschützt werden mußten. Die Sultanim hatte die beiden jungen Prinzen in ihrem eigenen Schloß untergebracht, aber auch hier erschien der Sultan eines Nachts mit einem Tische in der Hand und wurde nur durch die tapfere Frau vom Tode zurückgehalten. Doch seine Abwesenheit hatte ihn nicht getäuscht. Nach der Niederlage seiner Armee bei Negad wurde er entthront, und

sein Bruder Sulaiman folgte ihm nach. Als 1699 durch den für die Türken höchst ungünstigen Frieden von Carlowitz die Macht des osmanischen Reiches sehr geschwächt wurde, brachen im ganzen Lande Empörungen aus, die der schwache Sultan Mustafa 2. nicht zu unterdrücken vermochte. Schließlich machten die Janitscharen und Ulema, die den Sultan allein noch gehalten hatten, mit den Aufwählern gemeinsame Sache, setzten Mustafa gefangen und zwangen ihn abzutreten, worauf er ohne jeden Widerstand den Thron seinem Bruder Achmed 3. übergab (1703). Aber auch Achmed 3. sollte nicht bis zu seinem Lebensende den Thron behaupten. Wohl war er in seinen Eroberungen glückselig gewesen, aber ewige Bürgerkriege hatten unter seiner Regierung das Land zerissen, und die Janitscharen waren der langen Kämpfe müde; sie traten in offener Rebellion gegen den Sultan auf und wählten seinen Neffen Mahmud 1. 1730 zum Herrscher.

Im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts beginnen dann zuerst die Kämpfe um eine Reform des Reiches die Türken zu erschüttern und machen den Thron unsicher. Der fortschrittlich gesinnte Selim 3. erregt durch seine Neubildung des Heeres noch französischem Muster die Wut der Janitscharen, die sich empörten und den Sultan zwangen, auf die Durchführungen seiner Neuerungen zu verzichten. Aber damit noch nicht befriedigt, verlangten sie die Abdankung Selims und drangen bis in den Harem ein. Doch als sie die Kronengemächer betreten, fanden sie hier einen neuen Sultan. Selim hatte seinem Neffen Mustafa, der sich im Harem verborgen hatte, die Krone abgetreten und seinem Leben durch einen Becher vergifteten Sektens ein Ende bereiten wollen, war aber von Mustafa daran gehindert worden. Noch am selbigen Nachmittag, den 31. Mai 1807, ritt Mustafa 4. in feierlicher Prozession zur Moschee, ward mit dem Säbel des Propheten befehligt und schwor, die alten Gewänsche aufrecht zu erhalten. Die Reformirer hatten aber bereits zu tief in den

Jahren in Württemberg stattgefunden hat, bemerkenswerte Dokumente, die gerade in diesen Tagen besondere Beachtung beanspruchen dürften. Im württembergischen Landtag hat im Jahre 1907 die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag gestellt, wonach die nicht auf Meliorationen zurückzuführenden Wertsteigerungen von Grund und Boden einer Besteuerung unterworfen werden sollten. Dieser Antrag wurde von dem offiziellen Organ des Bundes der Landwirte, dem von dem Sekretär des Bundes und Landtagsabgeordneten Körner herausgegebenen „Schwäbischen Landmann“ mit folgenden hübschen Gegengründen bekämpft:

„Diese Forderung könnte dahin wirken, daß z. B. ein Bauer einen Acker kauft, der von seinem Vorbesitzer schlecht bebaut wurde; der neue Besitzer düngt ordentlich, bebaut den Acker schonend und verkauft ihn nach einigen Jahren um 2—300 M. teurer. Hierfür soll er nach dem Antrag der Sozialdemokratie extra besteuert werden. Oder ein tüchtiger Landwirt kauft ein verwahrlohtes Gut, er arbeitet 15 Jahre mit dem größten Fleiß und bringt es in einen schönen Stand. Durch Tüchtigkeit, Kenntnisse und finanzielle Aufwendungen ist es dem Besitzer gelungen, das Gut herauszubringen, so daß es beim Verkauf 12 000 M. mehr einbringt als vor 15 Jahren. Das soll nach dem Antrag der Sozialdemokratie einer besonderen Besteuerung unterworfen werden.“

Zeigt sich schon in dieser Darstellung eine ungeheuerliche Entstellung des Sinnes jenes Antrages — so wird man objektiv urteilen müssen, trotz des sozialdemokratischen Ursprungs des Antrages — so ist es geradezu losbar, zu sehen, wie von demselben offiziellen Bundesorgan der Antrag der deutschparteilichen (nationalliberalen) Fraktion des württembergischen Landtags, den Gemeinden die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses auf Grundstücke zu gestatten, aufgenommen und beurteilt wurde. Wohlthätig schrieb am 15. November 1907 der „Schwäbische Landmann“ hierüber folgendes:

„Was heißt Wertzuwachs bei Grundstücken, und wie soll man feststellen, was verdient ist und was unverdient ist? Und warum denn immer bei den Besitzern von Grund und Boden, von Grundstücken mit solchen neuen Steuern anfangen? Wenn ein Haus in Stuttgart um 80 000 M. teurer verkauft wird, da will man, wie es scheint, keine Besteuerung des Wertzuwachses, aber wenn die kurze der Aktien in die Höhe gehen, wenn statt 10 Prozent gleich 15 Prozent bezahlt werden, dann reden die Herren von der Deutschen (natürl.) Partei kein Wort vom „unverdienten Wertzuwachs“, und die Herren Sozial wollen nach ihren Antzügen nur „Wertsteigerungen des Grund und Bodens“ einer Besteuerung unterworfen sehen. Wenn nun aber eine Periode kommt mit Wertverminderung des Grund und Bodens, wie vor 10 Jahren, was dann? Wir werden solchen Anträgen gegenüber sehr zurückhaltend sein und werden mit allen Kräften dagegen eintreten, daß Stadt und Land in einen Takt gebracht werden, und daß für den Grund und Boden besonders, unter Umständen rüch drückende Steuern erfunden werden.“

Die Kritik schließt mit dem reizenden Satz:
Dieser Eingriff in das Eigentumsrecht der Grundbesitzer ist ein sozialdemokratisches, er öffnet der kleinmündigen Willkürherrschafft Tür und Tor. Wer wollte da nach Grundbesitzer sein in einer Gemeinde mit einem sozialdemokratischen Gemeinrat?

Daran sich die Verführung knüpft, daß die bauernhändlerischen Abgeordneten gegenüber diesen „recht bedenklichen Anträgen“ die Interessen der Grundbesitzer wahren werden.

Als im „Schwäbischen Merkur“ von nationalliberaler Seite nachgewiesen wurde, daß diese Kritik von einer vollständigen Unkenntnis des Wesens der Wertzuwachssteuer getragen sei und nur dem agitatorischen Zwecke diene, die bäuerliche Bevölkerung durch möglichst tolle und aufreizende Beispiele vor einem „Vermögensraub“ gruselig zu machen und gegen die solche Klänge begnadeten Nationalliberalen einzunehmen, da antwortete hierauf wiederum der „Schwäbische Landmann“ in einem Artikel, in dem folgende Sätze zu lesen sind:

„Wer eine Wertzuwachssteuer im Prinzip anerkennt, läuft schließlich Gefahr, auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie gedrängt zu werden. Diese Ansicht würden wir auch jederzeit unsern eigenen Abgeordneten gegenüber vertreten.“

Also genau mit denselben aufreizenden Redensarten, mit denen jetzt jede Form der Erbschaftsbesteuerung bei Besessenen und Ehegatten bekämpft wird, genau ebenso hat der Bund der Landwirte in Württemberg jede Form der Wertzuwachssteuer zurückgewiesen und als sozialdemokratischen Mißweg verächtlich. Und diese Leute wollen anderen, wollen der Regierung rathen „Wechsel ihrer Gesinnungen“ vorzuerufen!

Der Herzog von Arenberg über das siegreiche Zentrum.

Die Kandidatenrede, die der Herzog von Arenberg, um dessen Nationale so heißer Streit entbrannt ist, dieser Tage in Weimur gehalten, ist gegenwärtig das Entzücken der Preussingen Wurzel geschloß, der Pascha von Mustapha, Mustapha Bairaktar, erschien mit 18 000 Mann vor Konstantinopel, um Selim wieder auf den Thron zu setzen. In seiner Hülfslosigkeit und Verarmung ließ Mustapha Selim grausam ermurden und den Leichnam über die Mauer werfen. Der Pascha erklärte darauf den Harem, ließ Mustapha 4. abhengen und erwürgten und hob den einzigen noch übrigen osmanischen Prinzen Mahmud 2. 1868 auf den Thron. Auch Abdul Aziz, dem Abdül Samid nach der Abbanlung des bald in Verfolgungswahnsinn verfallenen Murad 5. nachfolgte, hat wegen seiner Unfähigkeit und Verschwendungssucht auf den Thron verzichten müssen. Welb danach fand man ihn tot auf; angeblich hatte er sich selbst entleert. ✕

Stimmungsbilder aus Konstantinopel.

„Durch die Straßen ziehen langsam kleine Wagen und Karren, harte Menschenleiber sind in ihnen aufgetürmt, auf der beherrigern Wagen werden sie durcheinander gerüttelt und scheinen zu ächtern. So reißt Luigi Vazini im Carriere della sera ein Straßenbild aus der türkischen Hauptstadt nach dem Harem des Komplex, als die traurige Pflicht erfüllt wird, die Opfer des blutigen Ringens zur letzten Ruhe zu betten. Unter den Leuten der schauerlichen Gefährte ragen harte weiße Hände hervor, mit jenem Gesichts stummer Verarmung, der allen Toren eigen: diese Bewegung, als wollten die toten Hände etwas Entsetzliches lassen und halten. Im alten Kirchhof im Norden der Stadt werden die Kämpfer bestattet. Schon am Sonntag begann das traurige Werk. Auf der Schischistraße wurden die Wagen der Pferdewagen requiriert, um die Leichen zu befördern, diese schamlos kleinen türkischen Pferdeabwägen, die heute frisch gewaschen und ohne Blutspuren, angefüllt mit Neugierigen, durch die Straßen rasselten. Noch am Montag gab es aufregende Szenen. Soldaten rennen durch die Straßen, bleiben stehen, Sehen über

trumpfpreß; die „Adm. Volksztg.“ berichtet expresse, daß der herzogliche Stimme „nichts Fremdländisches“ anbaute. Zu der Rede selbst sucht man freilich vergeblich nach einem warmen, offenen Bekenntnis des Herzogs, daß er bis in den letzten Winkel seines Herzens hinein nur deutsch empfinde. Dafür erklärte er desto häufiger, daß er in allen Teilen seiner politischen Anschauung „genau so wie das Zentrum“ denke. Ja, man hat geradezu den Eindruck, als ob sich dieser halb deutsche, halb belgische Magnat seiner persönlichen Ueberzeugung zu Gunsten des Zentrumsprogramms ganz entäußern möchte, als ob sein Ehrgeiz einzig dahin stünde, zwar nicht ein rein deutscher, wohl aber ein Zentrumsherrzog nach allen Richtungen des Parteigehorsams hin zu werden. Dabei ist es gar nichts weiter Wunderbares, daß dem Herzog mit seinem neuen Amt auch der politische Verstand kommt; seine politische Jungfernerede ist gleich ein Angriff auf den Fürsten Bismarck und den Block; die Wehrheerparolen und der Reichstagsler müssen sich von der neuen Zentrumsgröße, die bisher ein unbeschriebenes Blatt war, ihre totale Unfähigkeit bescheiden lassen. Der Herzog scheint sich überdies schon ganz als der künftige Erbe des konserverbalben Reichstagspräsidenten zu fühlen; mit gesättigtem Gohn erkundigte er den Block, wie man eines Geschmeiß abhütet, und plauderte zuverfänglich und offenherzig nach der „Adm. Volksztg.“ folgendermaßen über seine und des Zentrums Hoffnungen:

„Fürst Bismarck habe nach der Reichstagsauflösung vom Dezember 1906 ein Gegenzentrum aufstellen wollen; aber er habe dabei übersehen, daß die das Zentrum bezeichnende und sein Wesen bestimmende Seele nicht durch den Schall eines Wortes ersetzt werden könne. Das Zentrum sei eben das getreue Abbild eines geordneten Staatswesens, da auch alle seine Glieder, gleichviel weissen Standes und Berufes, mit gleicher Sorgfalt umfasse. Jedemfalls aber werde die Zeit kommen, wo der Block nur noch die Bedeutung einer historischen Reminiscenz habe, das siegreiche Zentrum aber in aller Heiligkeit aufrecht stehen werde.“

Das ist eine zweifelloe erliche Sprache als die lächerlichen, auf die Ewigblinden berechneten, neuen Stilübungen der „Adm. Volksztg.“, nach denen jeder ein „politischer Ignorant oder unehrlicher Politiker“ sein soll, der nicht glauben will, daß es dem Zentrum auch bei seinen letzten Steuerhändlungen, gelegentlich des Wertzuwachssteuerantrags, nur darum zu tun ist, die alte Vormachtstellung wieder zu gewinnen. Sein Zentrumsherrzog weiß es besser.

Gegen die Erhebung von Schiffsabgaben

haben sich die Kerkelken der Berliner Kaufmannschaft als gegen eine Verteuerung des Verkehrslebens und einen schweren Eingriff in die Entwicklung der Industrie und des Handels ausgesprochen, ferner deswegen, weil mit der Erhebung der Abgaben schugzollnerische, insbesondere agrarische Bestrebungen verknüpft sind. Die Kerkelken erheben auch sonst noch eine große Reihe von Bedenken, darunter der Einwand, daß die Schiffsabgaben die Kosten für alle Einrichtungen und Bauten, die in irgend einem Zusammenhang mit Wasserstraßen und der Schiffsahrt stehen, allein tragen sollen, während nicht bestritten werden kann, daß ein großer Teil der in Frage kommenden Einrichtungen auch den landwirtschaftlichen Interessen zum Teil sogar noch in weit höherem Maße zugute kommt.

Der Gesetzentwurf betreffend die Erhebung der Schiffsabgaben, der augenblicklich dem Bundesrate zur Beschlußfassung vorliegt, wird nach einer parlamentarischen Korrespondenz dem Reichstage erst im Herbst zu gehen. Die Beratung des Entwurfs im Bundesrate wird geräumere Zeit, als früher angenommen, erfordern. Breußen hätte allerdings natürlich gern gegeben, daß der Entwurf so bald als möglich Gesetz werde. Er scheinen sich aber doch größere Schwierigkeiten ergeben zu haben, als man von preussischer Seite erwartete.

Die Techniker im öffentlichen Leben.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

3. Karlstraße, 28. April.

Die Vereinigung der technischen Vereine hatte auf heute abend eine öffentliche Versammlung angeschlossen, in welcher Bezirksinspektor Dr. Rihhaupt das Thema behandelte: „Die Techniker im öffentlichen Leben“. Die Versammlung, die im großen Museumsaal stattfand, war von Interessenten und besonders auch von Lehrern der technischen Hochschule gut besucht und wurde von Professor Rehdorf eröffnet.

Wolfe, Schiffe knatterten, schreiende Menschen stoben, Türen fallen ins Schloß und werden verrammelt. Das ist kein Kampf mehr: das ist eine Jagd. Die Jagd nach den flüchtigen Rebellen, die in allen Stadtteilen Reitung und Unterschlupf suchen, die sich in den Häusern vertrieben und lebend die Stunde erwarten, in der der Nachbar sie verrät. Sie werden angelockt, überbracht, verhaftet; die Verfolger feuern in die belebten Straßen, als ob es keine friedlichen und unbeteiligten Bürger gäbe; sie kennen kein Erbarmen. Der Eifer der Verfolger steigert sich in Wutdurst und Grausamkeit. In das größte Café von Pera treten plötzlich vier schneige Albanesen, zerlumpte Schalten, unerbittliche Grausamkeit im Bilde, mit erhobenem Gewehr, die Finger am Trücker. Die Miede schweifen durch den Saal mit dem Ausdruck von Jägern, die einer Beute auf der Fährte sind. Alle Gäste verbergen sich hinter Tischen, Stühlen und Schränken. Ein Offizier, der gerade zu Abend ist, wird gleich wie das Tischtuch und eilt hinter eine Säule. Denn man kann nicht erkennen, ob diese vier Männer zu den Rebellen gehören oder zu den Majoratieren. Sie müssen die Anwesenden der, den sie suchen ist nicht da, und brummend verlassen sie den Raum. Solche Szenen sind an der Tagesordnung. Immer von neuem rufen sie panikartige Erscheinungen hervor, die Passanten stürzen in die Häuser, verrammelt einlegt die Türen, um dann nach einer Weile wieder hervorzukommen und neugierig zu fragen, was sich ereignet habe. Die Erregbarkeit des Volkes ist unbeschreiblich, ein Nichts genügt, um im Nu alle Türen und Fenster zu schließen und Hunderte in sinnlose Flucht zu treiben. Die niessprachige Bevölkerung, durch Rationalität abgerichtet, läßt jeden Einzelnen doppelt seine Schwäche und Hülfslosigkeit fühlen. Es fehlen schnelle Nachrichten, alle modernen Informationsmittel, und so weiß niemand, was eigentlich geschieht. Die erregte Phantasie gibt den kleinsten Geschehnissen ungeheuerliche Deutungen, Furcht und

der auf die Bedeutung des Themas hinwies, das in technischen Kreisen von Tag zu Tag aktueller werde. Der Referent des Abends Dr. Rihhaupt leitete seinen Vortrag ein mit einer Betrachtung über die Bedeutung der Techniker für das öffentliche Leben, wobei er den der Allgemeinheit zugute kommenden technischen Leistungen gedachte und sich eingehend mit der modernen Industrie und der Arbeit der Techniker für dieselbe beschäftigte. Trotzdem dieselbe eine außerordentliche sei und hinsichtlich ihrer Wertschätzung zum mindesten derjenigen aller anderen Berufe gleich gestellt werden müßte, sei der Techniker im großen Publikum nicht anerkannt. Sie seien die Aghenbrödel in der deutschen Volksgemeinschaft — für das öffentliche Leben bedeute die Technik alles, der Techniker nichts. Diese Rücksichtigung sei in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Techniker in den letzten Jahrhunderten auf die rein sachliche Konzentration ihren Sinn gerichtet und dabei keine Gelegenheit gefunden haben, sich auch in Fragen des öffentlichen Lebens zu kümmern und es solle ihm deshalb sehr schwer, sich die gebührende Anerkennung zu verschaffen. Und doch sei dies zur Mitarbeit im Deutschen Reich unbedingt notwendig; deshalb sei die Einführung der Techniker in das öffentliche Leben dringend geboten. Mehr gegenseitige Achtung und Duldung werde dem Ansehen der Techniker in der Öffentlichkeit nur förderlich sein. Es fehle demselben heute an der Gelegenheit zur Betätigung bei der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten. Die Techniker sind sich bewußt, ihre Kulturaufgaben nur dann erfüllen zu können, wenn sie einen entsprechenden Anteil an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten erhalten. Als ein wichtiger Fortschritt sei es bemerkenswert, daß die verschiedenen Gruppen der Techniker sich zu gemeinsamer Arbeit zusammengeschlossen haben. Notwendig sei vor allem die Bewannung von Einfluß in den gesetzgebenden Körperschaften. Hier würden aber die Siege von den politischen Parteien vergeben, deshalb müßten sich die Techniker mit diesen auseinandersetzen. Die politischen Parteien müssen für die Vertretung der Techniker in den Körperschaften sich einsetzen. Die Techniker seien weit entfernt, gegen einen einzelnen Stand Front zu machen, sie wollen im öffentlichen Leben nur ihre Pflicht tun.

In der sich anschließenden längeren Diskussion ergriff als erster Redner Rechtsanwalt Frey das Wort, dessen Ausführungen sich mehr als ein Korreferat charakterisieren. Er erörtert dabei die Frage, wie es komme, daß die Techniker sich erst jetzt in die Organisation begeben, um sich den Einfluß in die öffentliche Verwaltung zu sichern. Vornehmlich in den städtischen Verwaltungen hätten die Techniker sich eine Stellung zu erwerben; die Schuld, daß dies nicht der Fall, liege allerdings in der Hauptache in der Organisation der städtischen Verwaltungen, die eine Initiative der Ressortchefs ausschaltete. Redner erörtert sodann das juristische Uebergewicht in den öffentlichen Verwaltungsgeschäften, das auf historischer Grundlage aus Zeiten herbe, in welcher Rechtsprechung und Verwaltung noch in einer Hand lagen und die Entwicklung der Technik noch wenig bekannt war. Mit diesem zweifelloen Nachschritt müsse aufgeräumt werden. Der Techniker werde den Juristen nicht nur nicht verdrängen, er werde ihm stets neue Arbeitsgebiete zuführen, indem er neue Beziehungen zwischen Personen u. Sachverhältnissen schaffe, für welche der Jurist neue Rechtsordnungen schaffen muß. Die Vorbildung habe dem Juristen seine öffentliche Stellung geschaffen, aber auch die Vorbildung der Techniker liege bei der anderen Berufs ebenermäßig zur Seite, wobei er es dahin gestellt sein lasse, ob die Vorbildung der Juristen immer eine gleichbedeutende sei. Auch die Bürgerchaft habe ein Interesse daran, Techniker in die öffentliche Leitung der Städte zu berufen und es sei wünschenswert, daß wenigstens ein Bürgermeister Techniker sei. Im übrigen sei er der Ansicht, daß die Ämter allen hervorragend befähigten, arbeitstüchtigen Männern aller Berufe offen stehen sollen. Eine Mahnung möchte er der technischen Vereinigung geben, nicht einseitig ihre Ziele zu verfolgen, sondern auch auf andere Erwerbsgruppen die Rücksicht zu nehmen, die sie für sich verlangen. (Beifall.)

Baubau-Inspektor Blum hält es für dringend geboten, daß der Techniker sich bemühen müsse, alle die Stellen zu erreichen, die mit obrigkeitlicher Befugnis ausgestattet, dann werde er auch in der Öffentlichkeit die ihm gebührende Stellung einnehmen. Ingenieur Sonderrmann führt aus, daß das Geheimnis der führenden Stellung der Juristen darin liege, daß sich derselbe für alle öffentlichen Angelegenheiten interessiere — der Techniker müsse vor allem die Hochsimeile aufsteigen und sich bemühen, auf ihm fremden Gebieten dazwischen zu leisten, wie der Jurist. Geh. Oberbauamt Baumeister führt aus, daß die Bildung der Techniker durchaus nicht allein auf Fachwissenhaft beschränkt sei und das sei gut, denn es sei gut, daß der Techniker nicht hoch seine Disziplin höre, sondern auch andere und diese mit seinem Spezialfach verarbeite und sie wertvoll mache für das praktische Leben. Wir suchen als Lehrer neben der speziellen

Aberglaube wirken und der hilflosen Menge wird das Unwahrscheinliche zur Selbstverständlichkeit. Alles wird geglaubt. Als ich am Sonntag abend die zerfallenen Kasernen hinter mir ließ, zog im Westen die Abenddämmerung herauf. Der Himmelsbrant verschwamm in rosigen Schatten und über die herrliche Stadt sankte sich eine große weichevolle Ruhe der Luft, jener durchsichtige parte weite Rebellstieher, der Konstantinopel zu einer flüchtigen Vision werden läßt. Alle Wirklichkeiten verblaffen, und einer Pata morgana gleich wird das Bild zu einem farbenarten Traum. Es war die Stunde, in der der Ruggia vom Minaret herob das Abendgebet singt, die Stunde, in der seit fersten Zeiten die türkischen Soldaten in den Höfen der Kasernen sich versammeln, um mit Sonnenuntergang ihren Herrn zu grüßen: „Badişah bin iskol şaha, lang lebe der Padişah!“ Wird auch heute dieser Ruf ertönen? Vom Nilbis-Rosol holte er herüber. Es war wie ein Kriegsgefehl, der von einem Hügel zum anderen hinüberwog. Und in den Kasernen von Pera sang sofort das nachvoll törende Echo: „Lang lebe der Padişah!“ In Galata, in Terkhanar, in Stambul, überall wird der alte Ruf aufgenommen und verlingt weit in der Ferne als ein langgezogenes Echo. Es sind dieselben Truppen, die den Tod des Sultans fordern und doch zur Sonnenuntergangzeit rufen: „Lang lebe der Padişah!“ Wunderbares Geheimnis der orientalischen Seele. Mit dem Dunkel sankt sich nach die Stille über Konstantinopel. Durch die Straßen ziehen nur noch kleine Soldatentrupps. Im ungewissen Internatlicht erkennt man bisweilen die Uniformen, den Zug der Schühen, die weichen Hüpen der Padişah-Puzuk, die Astrokoncolbachs der Artillerie. Mit einer fast unheimlichen Gründlichkeit ziehen diese Patrouillen auf ihren Sandalen dahin, das Gewehr mit dem Kolben nach oben über die Schulter gehängt, der Beschlag flimmert ungewiß im Dichte. Sie scheinen sich wohl zu fühlen im Belagerungszustande, in ihren Mienen, in jeder Bewegung spiegelt sich die Erinnerung

stichtigen Hochachtung die wirtschaftliche und soziale Seite des Problems unseren Schülern mit an die Hand zu geben, um die Aufgaben für das praktische Leben kennen zu lernen und durchzuführen. Es komme nicht darauf an, Spezialisten zu bilden, sondern darauf, möglichst viel Allgemeinwissen heranzubilden.

Stadtrat Kolb betont, daß neben den Technikern auch andere Berufe nicht die ihnen zukommende Rolle spielen. Unsere Jurisprudenz habe nicht Schritt gehalten mit der Entwicklung unseres ganzen Lebens, wie der Volkswirtschaft, wie auch unser ganzes Verwaltungssystem nicht Schritt gehalten habe mit der Entwicklung unseres volkswirtschaftlichen und sozialen Lebens. Unsere Gemeindevormaltung müsse von Grund aus geändert werden, solle es besser werden. Die Techniker hätten sich aber auch viel zu wenig um die staatlichen politischen Vorgänge gekümmert. Alle diese Vorgänge könnten nur eine Änderung erfahren, wenn man sich politisch betätige. Deshalb müssen sich auch die Techniker politischen Parteien anschließen, um in denselben ihren Meinungen Geltung zu verschaffen. Nach kurzen Bemerkungen des Altklebers Bergmann über die demnächstige Wahl des hiesigen 4. Bürgermeisters wird die Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 29. April 1908.

Einführung der Handelslehre. Der Landesgewerbeverband hat in seiner gestrigen, 6 Stunden währenden Sitzung nach heftiger Debatte sich für die Einführung der Handelslehre an den drei Unterrealschulen in der Woche erklärt. Die Unterrichtsstunden der Fortbildungskurse sollen so gelegt werden, daß dadurch die Tätigkeit der jungen Leute im Geschäft so wenig als möglich gestört und beeinträchtigt wird.

Prüfung. Auf Grund der im Frühjahr dieses Jahres abgehaltenen 2 juristischen Prüfung sind 43 Rechtspraktikanten zu Gerichtsassessoren ernannt worden.

Gequ海岸erteilung. Nachdem dem an Stelle des Herrn Diogenes Escalante zum Generalkonsul von Venezuela für das Deutsche Reich mit dem Amtesitze in Hamburg ernannten Herrn Dr. Josef Ignacio Cardenas namens des Reichs das Gequ海岸erteil erteilt worden ist, ist der Genannte zur Ausübung konsularischer Funktionen im Großherzogtum zugelassen worden.

Mit Rücksicht auf den Weggang des Herrn Stadtbauamts Eisenlohr, dem man wegen der von ihm gewinnlichen Erhöhung seines Gehaltes von 12 auf 15 000 M. unbegreiflicherweise erhebliche Schwierigkeiten bereite, schätzte er es vorzog, den Mannheimer Staats von den Hühen zu schätzen, dürfte folgende Mitteilung aus Hamburg von Interesse sein:

Hamburg, 26. April. Hamburg befindet sich gegenwärtig auf der Suche nach einem Leiter seines Hochbauamtes, ohne daß es ihm bisher gelungen wäre, einen geeigneten Mann zu finden. Schon seit einem Jahre ist die hiesige Stelle des Baudirektors unbesetzt, und seitdem macht unsere Baudeputation, wie sich kürzlich ein Redner in der Bürgerschaft ausdrückte, ganz Deutschland umher, um den richtigen Mann zu finden. Im vorigen Sommer war man schon beinahe am Ziel. Der Dresdener Baudirektor Grünke, dem der Ruf eines ebenso tatkräftigen als kunstverständigen Bauleiters vorausging, war bereit, die hiesige Stellung anzunehmen und der Senat hatte schon der Bürgerschaft eine Vorlage zugehen lassen, wonach das Gehalt des Baudirektors von 18 000 M. auf 21 000 M. erhöht werden sollte, da der in Aussicht genommene Bewerber dieses Gehalt forderte. Die Vorlage fand bereits auf der Tagesordnung der Bürgerschaft, die erschienen plötzlich von verschiedenen Seiten mehrere scharfe Angriffe gegen diesen Bewerber, wobei die Bürgerschaft die Verhandlung aussetzte und Herr Grünke seine Bewerbung zurückzog. Bisher hat man in der Öffentlichkeit nichts mehr von der Sache gehört. Man weiß nur, daß verschiedene hervorragenden Baumeister, an die man von hier aus herangerufen ist, schleunigst von ihren Verwaltungen das Gehalt entsprechend erhöht wurde, so daß man sich mit dieser für die Betroffenen gewiß erheblichen, für Hamburg indessen wenig erwiderten Wirkung zufrieden geben mußte. Dieser Zustand ist sehr zu beklagen, denn gerade in unserem Baueisen ist so vieles reformbedürftig, daß eine baldige Befreyung der Stelle des Baudirektors dringend erwünscht ist.

Diese Meldung aus Hamburg wird das Bedauern der meisten Kreise der Mannheimer Bürgerschaft darüber, daß man Herrn Stadtbauamt Eisenlohr kalten Herzen ziehen ließ, nur noch vermehren.

In der gestrigen Mitgliederversammlung des Grund- und Hausbesitzer-Vereins Mannheim, die unter dem Vorstehe des Herrn Kapitanmanns Konrad Willemann im oberen Saale des Restaurants zum „Karl Theodor“ stattfand, wurde beschlossen, das Vereinsbureau am 1. Juni nach M. 4, 7 zu verlegen. Herr M. A. Dr. Weingart berichtet sodann über zwei mit der Vereinszeitung zusammenhängende Prozesse, die aus dem Vergleichsverfahren in einer für den Verein durchaus vorteilhaften Weise erledigt wurden. Die Versammlung erklärte sich mit den durch den neuen Vorstand abgeschlossenen Vergleichen rückhaltlos einverstanden. Die Verbindung zwischen dem Verein und dem Landesverband, die infolge persönlicher Differenzen durch den alten Vorstand unterbrochen wurde, ist wieder hergestellt. Der neue Vorstand hat es im Vereinsinteresse für zweckmäßig gehalten, dem Landesverband wieder beizutreten. Die Aufnahme ist bereits erfolgt, so daß die Versammlung nur noch nachträglich ihre Sanction zu geben braucht, die denn auch debattelos erfolgte. Die Versammlung erklärte sich weiter im Prinzip damit einverstanden, daß sich der Landesverband an der Schaffung einer Haftpflichtversicherung durch den deutschen Zentralverband beteilige. Die Höhe der Prämie — es werden 1000 M. gewünscht — soll sich aber nach der Zahl der Mitglieder richten, damit die keinen Schaden nicht so viel wie der große preussische Verband zu zahlen brauchen. In Besprechung des Landesverbandes wurden die Herren Willemann und M. A. Dr. Weingart gewählt. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde u. a. von einem Besammlungssteuerminderer der Wärsch gedrückt, die „Schwarze Liste“ möchte alle drei Monate zur Eintragung neuer Namen zirkulieren. Vom Vorstand wurde versprochen, die Antegung

an den blutigen Kampf, und es scheint, als erwarteten sie jeden Augenblick von neuem das knatternde Knäsen der Gewehre und das rufende Pfeifen der Angeln zu hören. So sehen sie durch die winkeiligen dunklen Straßen, die jetzt im Nachmittage die wunderlichen arabischen Formen ihrer Architektur in seltsamer Phantasie verflingen lassen. Neue Potronillen folgen, geräuschlos und schweigend, wie die Vorgänger. Keinen Bürger sieht man auf der Straße. Jenseits des Goldenen Horns liegt Stambul schlummernd, von übermühter Mondlicht gehüllt. Nur das leise Singeln kleiner schwacher Lichtpunkte bringt ein verhaltenes ängstliches Flüstern in das weite Stadtbild, das fast an ein Grab gemahnt, an dessen Rande kleine Totenlampen melancholisch flimmern.“

in Erwägung zu ziehen, dabei aber darauf hingewiesen, daß man bei der Eintragung von neuen Mietern sehr vorsichtig sein müsse, weil man sich leicht Prozesse auf den Hals laden könne. Lebensfalls Baus der Vorstand sich nicht dazu verstehen, die Verantwortung zu tragen. Diese müsse vielmehr in jedem einzelnen Fall der Hausbesitzer übernehmen. Bei der Erörterung von Mietrechtigkeiten wurde dem Vorstand zugegeben, daß die Bestimmung im Mannheimer Mietvertrag, daß der Mieter, wenn er innerhalb von 5 Tagen die Miete nicht bezahlt, sofort an die Luft gesetzt werden kann, aber für die ganze Vertragsdauer die Miete bezahlen muß, zu weit geht und besser weggelassen werden würde.

Badener in der Reichshauptstadt. Das Mitglied des Reichsbankdirektoriums, Scheimer Regierungsrat Dr. Karl v. Grimm ist vom Kaiser zum Geheimen Oberfinanzrat ernannt worden. Herr von Grimm, der dritte Sohn des im Jahre 1808 in Karlsruhe verstorbenen Präsidenten v. Grimm, ist Großherzoglicher Badischer Kammerherr und war bis zum Jahre 1903, zuletzt als Oberamtmann und Amtsvorstand in Schopfheim, im badischen Verwaltungsdienst tätig. Dann wurde er als Hilfsarbeiter in das Reichsamt des Innern berufen, daselbst Anfang 1906 zum Geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat ernannt und trat 1907 in das Reichsbankdirektorium über. Er ist vermählt mit der ältesten Tochter des früheren Staatssekretärs des Innern Staatsminister Grafen Lobkowitz.

Die Marienstadt Woblfers bei Hamburg, an deren Gründung zahlreiche Hamburger Geschäftshäuser und Familien beteiligt sind, wird durch Ausschließung eines Kroats von 300 Hektar in nächster Zeit in Angriff genommen. Es soll eine Ideal-Anlage nach dem Vorbilde der englischen Gartenstädte angelegt werden. Woblfers gehört zum Hamburger Staatsgebiet und zählt zu den bekanntesten und bestbelebtesten Waldhöfen.

Die landespolizeiliche Abnahme der neuen Bahn Küfenthal-Walkstadt-Heidebeckheim ist heute erfolgt. An der Befahrung der Strecke nahmen außer Vertretern der staatlichen Aufsichtsbehörde die Herren Direktoren Kettel und Köstlermann von der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft der Bauern der Bahn und von der Stadt die Herren Bürgermeister Ritter und Direktor Schwitt teil. Die offizielle Eröffnung der Bahn findet am 1. Mai statt.

Konzerte im Wälden Mann. Herrn Musikdirektor Hiesl zum „Wälden Mann“ ist es gelungen, am 1. Mai er, die Damenkapelle „Die fidele Heide in der Wälden“ unter der Direktion des Herrn Dr. Schmittler zu gewinnen. Der Kapelle, die zuletzt in Frankfurt a. M. gastierte, geht ein guter Ruf voraus.

Bürocafé-Konzerte. Samstag Abend werden die so beliebten Konzerte wieder beginnen und eine angenehme Abwechslung bringen. Herr Kapellmeister Pöschl, der Leiter der vorzüglichen Damenkapelle, hat zu den Eröffnungskonzerten besonders ausgezeichnete Programme zusammengestellt.

Aus dem Großherzogtum.

Ladenburg, 25. April. Die Arbeiten an der Gewerbe- und Industrieausstellung, die vom 20. Mai bis 2. Juni hier stattfinden, schreiten rüstig vorwärts. Der im indischen Stil gehaltene Reismuseum am Eingang zur Ausstellung, entworfen und gemäß von Herrn Dekorationsmaler Carl Ladenburg, macht einen prächtigen Eindruck. Besonders rechts und links die beiden Baumgruppen, die geschmückt und umgeben sind mit den Entwürfen des Landschaftsarchitekten, sind sehr schön und wirkungsvoll. Nicht neben dem Eingang entwickeln die Götter ihre künstlerische Tätigkeit mit Anlagen von Blumenbeeten und Pflanzen. Der Saal von 500 Omtr. Fläche dient zur Ausstellung der gewerblichen und kleineren Industrieerzeugnisse, während außen mehr die Maschinen und größere Gegenstände platziert werden. Die Ausstellung, die erste dem Gewerbeverein arrangiert, wird ein schönes Bild geben von dem Gewerbelebe des Staates. Man hofft, die Kosten durch zahlreiche Besuch und durch den Vertrieb einer kleinen Verlosung mit nur von Ausstellern gestifteten Gegenständen zu decken. — Für die 50jährige Jubelfeier der Freien Feuerwehrgesellschaft Ladenburg am 27. Juni wurde mit der Sammlung von freiwilligen Beiträgen begonnen. Auch die Stadtgemeinde hat einen Beitrag von 500 M. gestiftet. Wird doch dieses Fest für Ladenburg ein besonders ereignisreiches werden, da der Großherzog Friedrich II. von Baden, der sich bei der Audienz letzten der Stunden erinnerte, als er während des Stuhms in Heidelberg hier war, seinen Besuch bestimmt zugelegt hat. An 180 Wehren gingen Einladungen ab. Mit dem Feste soll auch eine Ausstellung von Feuerwehrrequisiten verbunden sein. — Der Fremdenzuzug, besonders von Mannheim, machte sich heute Sonntag durch Ladenburg nach Schriesheim besonders bemerkbar. Brachte doch jeder Zug Hunderte von Ausflüglern, welche die in ihrer vollen Blütenpracht prächtige Natur bewunderten.

Heidesheim, 27. April. In die hiesige Volksschule wurden diese Oftern 65 Anfänger aufgenommen, eine gegen jährliche Jahrgänge verhältnismäßig geringe Zahl, da es unter 80 bisher letzten abging. Da nur 57 ältere Schüler aus der Schule entlassen wurden, so hat die Schule immerhin noch einen, wenn auch geringen Zuwachs erhalten.

Baden-Baden, 27. April. Im Hotel „zur Stadt Paris“ hier begingen am Sonntag mehrere Offiziere die seltene Feiertage fünfzigjährigen Militärdienstes. Teilnehmen konnten am Feste die Herren Gg. Generalleutnant Freiherr Schilling von Kannstatt, Gg. Generalleutnant von Neubronn, Generalmajor Deurer, Oberst Kob, Oberst Stiefbold, Oberst Weidenacker, Oberst Winkler und Hauptmann Holz. Andere Jubilare, die am Erscheinen verhindert waren, sandten herzliche Grüße, so besonders Herr Major A. D. du Jarras Freiherr von La Roche. Der Festleiter war Herr „Ed. Vogel“, eine Deputation des Infanterieregiments „von Bülow“ (1. Rheinisches) Nr. 25 unter Führung des Herrn Oberst Rogge und eine solche des 5. Bad. Infanterieregiments Nr. 113 unter Führung des Herrn Oberleutnants von Falkenhayn erschienen.

Baden-Baden, 28. April. Der Erbsprung von Sachsen-Meinungen und die Erbsprung (Schwager des Kaisers) sind hier eingetroffen und im Hotel „Desamie“ abgehoben. — Die Fremdenfrequenz hat die Zahl 1000 erreicht. — Der Abgangsbüro des deutschen Kaisers, General der Artillerie von Schell, ist mit Gemahlin aus Potsdam ebenfalls zu längerem Aufenthalt hier eingetroffen.

Hehl, 28. April. In Dorf Hehl wurden zwei 10 und 12 Jahre alte (1) Anaben bei einem Vergleichen noch 3 175 erwischt.

Stillingen, 27. April. Durch Erlass des Erb. Ordinaries ist Herr Pfarrverweser Friedr. Wilh. Kling in Todtau auf 5. Mai d. J., die Verwaltung der hiesigen Pfarrei übertragen worden. Mit dem gleichen Tage tritt Herr Stadtpfarrer Scherer in den Amtstand.

Gerichtszeitung.

Emmendingen, 28. April. Monatslohn tobte zwischen dem badischen Landesverband der Wienerzuchtvereine und dem Imkerverein Freiburg ein Kampf, der sich nicht nur in der Hochpresse wiederholte, sondern sich auch und zu in die Tagespresse verdrängte. Der Imkerverein Freiburg wollte sich nicht damit einverstanden erklären, daß der erste Vorsitzende des Emmendinger Bezirksvereins, Oberlehrer Wilh.

Kilchling in Tenningen, überseeischen Honig mit inländischem vermische und diese Mischung unter der Etikette des Emmendinger Bezirksvereins in den Verkehr bringe. Es kam zu einem schweren Kampf zwischen dem Imkerverein und dem Landesverband, der mittlerweile beigelegt wurde. Kilchling hatte sich heute vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Vergehens gegen § 10, Biffer 1 und 2 des Nahrungsmittelegesetzes, kurz gesagt wegen Honigfälschung zu verantworten. Welchen Staub sein Vorgehen aufwirbelte, bewies wohl am besten der Verlauf der Verhandlung; von hier, aus der Umgebung, aus Freiburg uho. hatten sich Zuhörer in so großer Zahl eingefunden, daß sich der Sitzungssaal als zu klein erwies. Es wurde in der Aula der Realschule verhandelt. Der Angeklagte ist seit etwa 16 Jahren Vorstand des Vereins, der ihm vor ungefähr 15 Jahren den Honigverkauf auf eigene Rechnung übertragen hatte. Das Geschäft ging so gut, daß Kilchling mit dem aus dem Bezirk gewonnenen Honig seine Kundschaft nicht befriedigen konnte. Ein guter Freund gab ihm die Adresse einer Heidelberger Firma, von der er etwa 1200 Str. überseeischen Honig bezog; eine Hamburger Firma lieferte ihm ebenfalls ein erhebliches Quantum. Große Heiterkeit erregte seine Behauptung, daß der Auslandshonig so gut gewesen sei, daß er ihn seiner Kundschaft nicht untermischt geben wollte, um deren Geschmack nicht zu verwöhnen. Dabei bestellte er von der letzteren Firma auch sogenannten Fälschung, den Jeatner zu 23 M.; er besanderte allerdings, er habe diesen nicht vermische, sondern teils zum Wienenfüttern verwendet und ihn teils an Konbitoren zu Pochweden verkauft. Untersuchungen habe er den ausländischen Honig nie lassen, denn seine Junge, Nase und Augen hätten ihm gesagt, daß er nur vorzügliche Ware eingekauft habe. Der Sachverständige befandete, daß der untersuchte Honig minderwertig war. Während d. Vorstand des Emmendinger Vereins war, setzte er 3116,86 Str. Honig um; ihn kam der Jeatner durchschnittlich auf 55—60 M. zu stehen, während er ihn zu 30 Mark verkaufte. Reklamationen über minderwertige Ware seien trotz des großen Umfangs des Geschäfts fast nie eingelaufen. Ein Zeuge teilte ihm aber schriftlich mit, daß er vermute, es sei dem gelieferten Honig Auslandshonig beigegeben, während er garantiert reinen Wienenhonig verlangt habe. Die Antwort darauf schenkte sich der Angeklagte. Bei der Ausstellung 1906 in Karlsruhe war auch der Wienenzuchtverein Emmendingen mit einer Sonderausstellung vertreten. Da aber dieses Jahr ein Mißjahr war und die Emmendinger keinen Honig hatten, kaufte der Verein Honig aus dem ganzen Lande auf. Dieser wurde dann in Gläser verpackt, nach Karlsruhe geschickt und mit Namen von Imkern versehen, die davon keine Ahnung hatten. Diese Handlungsdeweise kam dem Angeklagten und einem als Zeuge vernommenen Vorstandsmittglie gar nicht so ungewöhnlich vor, während der Vorsitzende sie als gegen jede Treue und Glauben verstoßend brandmarkte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten dem Antrage des Staatsanwalts gemäß wegen Nahrungsmittelegesetzes (Honig) Fälschung zu 300 M. Geldstrafe oder 60 Tagen Gefängnis und den Kosten; außerdem zur Publikation des Urteilsentwurfs in zwei Tageszeitungen. Das Gericht ist an der Ueberzeugung gekommen, daß der Angeklagte inländischen Honig mit überseeischem vermische und diese Mischung als Honig, des Wienenzuchtvereins Emmendingen mit dessen Etikette verkaufte.

Speyer, 27. April. Gegen den 48 Jahre alten Tonschneider Jakob Knopp, wohnhaft zu Wappard, wurde vor dem Schwurgerichte verhandelt. Er war des vorläufigen Mordes an seinem 2 Jahre alten Stiefsohn sowie der serigefesteten Mißhandlung seiner drei Söhne Jakob, Reiner und Peter beschuldigt. Der Angeklagte hat im verfloffenen Sommer nach dreimonatiger Winternacht die Katharina Schmidt geheiratet, die 9 uneheliche Kinder hatte, davon eins bei ihren Eltern ließ und das jüngste mitbrachte. Dieses Kind soll Ueberlegung durch fortwährende Mißhandlungen und Einflüchtung von schädlichen Flüssigkeiten zu Tode gemartert haben. Die eigenen Söhne, die freiwillig gegen den Vater ansagten, beklagten, daß er mit bestialischer Rohheit gegen das kleine Kind vorgegangen sei. Sie beklagten ferner recht schauerliche Einzelheiten in der Behandlung des Kindes durch den Angeklagten. Er hat ihm Schläge mit einem Stock an den Kopf gegeben, ihn mit dem Wägen seiner Pflichten in die Gasse geschlagen, ihm die Zähne einerschlagen, damit er seiner Mutter nichts sagen könne, u. a. m. Dann, so beklagte ein Sohn, habe er dem Andreas mit einem Stück Holz den Mund aufgesperrt und ihm Flüssigkeiten, und zwar Gerbol und Arnika, eingebläht. Als der kleine Andreas gestorben war, stellte der praktische Arzt Dr. Schmolz ein Urteil aus, laut dem er keine Spuren von Mißhandlungen gefunden hatte. Als dann Anzeige erstattet und die Untersuchung eingeleitet war, grub man die Leiche aus und nun stellte sich heraus, daß das Kind nicht nur den einen Arm gebrochen, sondern daß auch die Schädelkapsel durch Schläge zertrümmert und infolge dessen der Tod eintrat war. Die Geschworenen erkannten den Angeklagten der Mißhandlung seiner Söhne, sowie der Tötung des Andreas mit Ueberlegung, also des Mordes, schuldig. Der Gerichtshof verurteilte hierauf den Angeklagten zum Tode und zu einem Jahr Gefängnis.

Sportliche Hundschau.

Mannheimer Pferderennen.

Wettungsinformationen. Nach dem „Deutschen Sport“ wird Vertmann Albo (St. Eggeling) im Preis der Stadt Mannheim starten. — Der Wernerer Stall entsendet nur Kont d'Grogny zur Badenia, bleibt aber sonst unvertreten. — Riketti wird sich den Pferden von W. Thiede anschließen. — Et. b. Ota wird im Rainmarfischrennen eines der Pferde aus V. Seifferts Stall reiten. — W. Bauermeisters Stall wird in der Badenia durch Thibbe (St. Eggeling) und im Preis vom Schwarzwald durch Saint Gobric (St. Branne) vertreten sein. — Chicard wird sein Engagement in der Badenia erfüllen. Sonntagsrennen soll im Preis von der Fialg laufen, Karafon startet im Preis der Stadt Mannheim. — Cap Paris wird von F. Weigner für die Badenia entsandt und von Et. a. Keller gefahren. Der Walfach hat zuvor den Preis vom Rhein oder Preis von Mannheim zu bestreiten. — A. Morawez wird Prince of Wales (St. Branne) für den Preis vom Rhein starten. Ob der Hengst in der Badenia startet, ist fraglich. Riketti geht mit nach Mannheim, bestreitet die Badenia aber nur, wenn weicher Boden ist. Fidele und Riketti, beide unter H. v. Raven, laufen im Preis der Stadt Mannheim beim Verlobungsbaucau. Giescher bestreitet unter St. Branne das Schloß-Jagdrennen. Penning, Flug II, und Sanyo sollen ihre Engagements erfüllen. — W. Bauermeisters Stall Thibbe und Saint Gobric mit H. Vertmanns Albo Galopp 400 Meter. Thibbe galoppierte zum Schluss als das überlegene Pferd. — A. Morawez Fidele und Prince of Wales erzielten einen guten Galopp über 400 Meter, die letzten 200 M. sprang Kriegshäuber ein. Fidele wühlte sehr gut zu arbeiten, weniger Prince of Wales, der zum Schluss schifflich nachließ.

Von Tag zu Tag.

Tat eines Geisteskranken. Danzig, 28. April. Heute nacht ermordete der zweiundzwanzigjährige geisteskranke unvalide Poling seinen fünfundsiebzigjährigen Vater, indem er ihn mit einem Rasiermesser den Hals durchschnitt.
Explosion. Grünberg i. Schl., 28. April. Heute Mittag 1 Uhr ereignete sich in den Grünberger Hartsteinwerken hinter die Explosion eines zur Trodnung der Steine dienenden Sandstoffs. Der Kessel wurde etwa 100 Meter weit geschleudert und richtete im weiteren Umkreise erhebliche Verwüstungen an. Ein Arbeiter und ein Feuermann wurden getötet, ein dritter Arbeiter schwer verletzt.
Brandstiftung? Wien, 28. April. In der vergangenen Nacht brach in einem Magazin des Eisenbahnregiments a Kornauberg Feuer aus, wobei, den Mätlern zufolge, 43 volltändige Feldtelegraphenapparaturen verbrannt sein sollen. Es wird Brandstiftung vermutet.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Frankfurt a. M., 29. April. Der Vorstand der Frankfurter Turngemeinde hat beschlossen, das Mitglied Josef Lindner als Wettturner zu dem vom 22. bis 27. Juli in Cincinnati stattfindenden nordamerikanischen Turnerturnfest zu entsenden.
Leipzig, 29. April. Den Sozialdemokraten wurde am 1. Mai ein Antrag mit Rücksicht durch die Stadt gestellt.
Leipzig, 29. April. Gehern wurde das 21jährige Dienstmädchen Anna Schelling aus Pommersheim in dem Grundhauß Lindenbergerstraße 21, wo es seit einigen Tagen bei der 40 Jahre alten Schneiderin Pauline Thoma gedorene Mäntel aus Nashand anfertigt, tot aufgefunden. Da Frau Thoma schon lange Zeit im Verdacht einer „weißen“ Frau steht und auch aus ihrer Wohnung verschwunden ist, liegt es nahe, anzunehmen, daß an der Scheidung ein Verbrechen nach § 219 des Strafgesetzbuches verübt wurde. Frau Thoma ist flüchtig. (Westf. Sta.)
Köln, 29. April. Der Kaiser hörte heute vormittag in Vertretung des Gesandten Freiherrn von Tschisch und empfing heute in lateinischen Erzbischof von Köln, Volto.
Baja, 29. April. König Viktor Emanuel ist heute Sonntag hier eingetroffen und hat sich sogleich an Bord des Panzerschiffes „Re Umberto“ eingeschifft. In Rom begab sich der König nach dem Pügerhospital, um die bei der Explosion des Unterzuges „Roca“ verletzten Matrosen zu besuchen.
Petersburg, 29. April. Ein kaiserlicher Major befehligt in diesem Monat im Reife Kasan eine Probemobilisierung der Mannschaften der Armeekorps und Flottilienverbände durchzuführen.
New-York, 29. April. (Habel.) Der Städtische Offizier der Wasserwerkbeamte Büning wurde hier bei seinem Eintreffen, laut Westf. Sta., verhaftet.

Schiffahrtsabgaben.

Kannheim, 29. April. Der Zentral-Verein für Deutsche Schiffsahrt veranlaßt am 5. Mai abends 8 1/2 Uhr in Berlin in Preussischen Abgeordnetenhaus eine außerordentliche Hauptversammlung zum Zweck der Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einführung von Schiffsahrtsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen. Herrn, die an dieser Versammlung teilnehmen wollen, können Eintrittskarten im Bureau der Handelsnummer erhalten.

Ver schlimmerung der Lage in Persien.

Täbris, 28. April. Die Ereignisse in Konstantinopel haben hier die Lage mit einem Schlage verschlimmert. Die Mitglieder des Schahschen haben den Vorschlag des Schahs, eine auf der Scheria basierende Konstitution einzuführen, kategorisch abgelehnt. Die Revolutionäre ihrerseits predigen von einer Fortsetzung des Kampfes; zu diesem Zwecke ergäßen sie ihre Kornvorräte aus dem auf Befehl des Schahs herbeigeschafften Proviant. Die Zufuhr ist übrigens gering. Die Masse der Bevölkerung hungert noch immer. Der Hungertypus wüthet. Die Europäer fühlen sich durch die hier betriebene Agitation und die herrschende Anarchie in hohem Grade beunruhigt. Bezüglich Urmias sind alarmierende Gerüchte im Umlauf; seit drei Wochen ist die Konjunkturpost ausgesetzt.

Vor der Entscheidung.

Berlin, 29. April. Die Finanzkommission, in die die Parteiführer als Mitglieder eingetreten sind, begann heute die Erörterung über den konservativen Antrag auf Einführung einer Reichswertzuwachssteuer.

Die Nationalliberalen verlangen eine Erbanfallsteuer für Deszendenten und Ehegatten und unbeeidete Ehen, sowie falls hierdurch 100 Millionen nicht einkommen, für den Rest die Wertzuwachssteuer auf Immobilien. Die Freisinnigen verlangen eine Erbanfall- und daneben eine progressiv abgestufte Vermögenssteuer, die Sozialdemokraten eine Kopf-, Vermögens- und Einkommensteuer. Die Reichspartei endlich will im konservativen Antrag die Worte „im Falle der Erbbesteuerung“ streichen.

Zunächst gab der Abg. Frhr. v. Camp die Erklärung ab, daß seine Ausführungen in der Dienstag-Abend-Sitzung in der Presse falsch wiedergegeben worden seien. Seine Partei könne die Erbanfallsteuer nicht fallen lassen.

Ein Konservativer erklärt, daß seine Partei nach wie vor jede Heranziehung der Erbschaften zur Deckung des Reichsbedarfs ablehnen müsse, daß sie dies aber nicht aus Egoismus tue, vielmehr, daß sie wie der Antrag auf Erhöhung der Militärbeiträge zeige, bereit sei, die Lebenden zu besteuern.

Der freisinnige Führer erklärte den konservativen Antrag auf Einführung einer Wertzuwachssteuer für diskutabel, sie bleibe aber besser den Gemeinden überlassen. Eine Steuer auf Wertzuwachs bei Wertpapieren sei sachlich unannehmbar, praktisch undurchführbar und politisch indiskutabel. Seine Freunde beständen fest auf der Ansicht, daß ohne Einbeziehung der Erbschaften die Finanzreform nicht gemacht werden könne.

Darauf folgte die ausführliche Begründung des konservativen Antrags.

Nach der Begründung, die zwei Stunden in Anspruch nahm, erklärte der Schatzsekretär zu der Wertzuwachssteuer auf Immobilien. Es fehle sehr an Erfahrungen, in erster Linie seien die Gemeinden zu berücksichtigen. Der Ertrag würde niemals über 20-30 Millionen hinauskommen. Trotzdem sei er bereit, den Entwurf einer Reichswertzuwachssteuer auf Immobilien auszuarbeiten zu lassen, vorbehaltlich der Beschlüsse der verbündeten Regierungen. In normalen Zeiten brauche man dazu ein halbes bis zwei Jahre, er wolle aber sofort an die Ausarbeitung herantreten.

Der preussische Finanzminister führte die Bedenken gegen den Antrag unter Erörterung der preussischen Verhältnisse weiter aus. Trotz allen entgegenstehenden Bedenken wolle er, aus dem Bestreben heraus, den Reichsfinanzen aufzuhelfen, auf die Immobilienwertzuwachssteuer zugehen, aber vor Diskussionen müsse man sich hüten.

Sodann legte der Reichsbankpräsident die Gründe gegen die Wertzuwachssteuer auf Wertpapiere dar. Er faßte sein Urteil dahin zusammen, daß die Steuer Handel und Verkehr unerträglich belasten werden. Sie sei tatsächlich undurchführbar und werde den Staatskredit schädigen. Sie führe nicht zu einer Stärkung der Finanzen, sondern zu einer Schwächung derselben.

* * *

Jegende eine Klärung scheinen die heutigen Beratungen nach dem vorliegenden Bericht nicht gebracht zu haben. Nach vorgelesen hat Herr Sydow die Reichswertzuwachssteuer abgelehnt, der jetzige Zeitpunkt sei für die Schaffung einer solchen Steuer nicht geeignet, sie bedürfe langwieriger Vorarbeiten, es sei notwendig eine sofort erhebbare Steuer zu schaffen und als solche sei am meisten geeignet eine Erbanfallsteuer. Von dieser letzteren hat er heute ausdrücklich überkampt nicht mehr gesprochen, wenigstens erwähnt der Bericht des Volk. Tel.-Bureaus nichts davon. Doch handelt es sich wohl nur um eine Ungenauigkeit der Berichterstattung. Heute kommt die Regierung den Konservativen weit entgegen. Das Reichsschatzamt will eine Vorlage auf Einführung einer Reichswertzuwachssteuer auf Immobilien ausarbeiten, obwohl es selbst zugeht, wie schwere Bedenken einer solch überhäufteten Gesetzgebungsarbeit entgegenstehen. Da diese aber die erforderliche Summe von 100 Millionen nicht aufbringen kann, so denkt die Regierung sich diese aus der Pistole geschossene Reichswertzuwachssteuer natürlich nur als Ergänzung der Erbanfallsteuer. Auf diesen Boden treten auch die Nationalliberalen. Wie weit die Regierung hiermit den Konservativen entgegenkommt, wird deutlich, wenn man sich den rein politischen Zweck des konservativen Antrages vergegenwärtigt, der doch tatsächlich nur die Bedeutung eines Vorstoßes gegen Wilow und den Hof hatte, da die agrarischen Konservativen doch garrn für eine Verlastung des Grundbesitzes durch eine Wertzuwachssteuer geschwärmt haben und schwärmen können. Doch will die Regierung wohl unter allen Umständen dem Kampfe ausweichen und unter allen Umständen Frieden mit den konservativen Fronteuren haben und daher nimmt sie den Teil des konservativen Antrages auf unter Verleugnung ihrer vorgestrigten Haltung, der einigermaßen verwerfbar für die Reichsfinanzreform erscheint. Und somit wäre alles recht und gut und schön, wenn eben die — Konservativen nicht wären und wenn wir mit einer Reichswertzuwachssteuer auf Immobilien aus der Klemme herauskämen, aber diese kann nach Sydow nur 20-30 Millionen bringen. Sie kann also höchstens als eine Ergänzung der Erbanfallsteuer in Betracht kommen, aber nicht als deren Ersatz. Als solchen aber wollen die Konservativen ihre Reichswertzuwachssteuer auf Immobilien und Wertpapiere. Sie haben heute wieder durch ihre Sprecher erklärt, daß sie jede Heranziehung der Erbschaften zur Deckung des Reichsbedarfs ablehnen. Für die Regierung und die liberalen Parteien aber kommt in erster Reihe die Erbanfallsteuer in Betracht und allenfalls zur Deckung etwaigen Restbedarfes eine Reichswertzuwachssteuer auf Immobilien. So sind wir denn so Hug als wie zuvor. Unter diesen Umständen hätte die Regierung aus politischen Gründen besser getan, sich garrn mit einer Reichswertzuwachssteuer zu befreunden. Es bestehen gegen sie schwere finanzpolitische Bedenken, Herr Sydow selbst hätte sie lieber den Gemeinden überlassen, eine Wertzuwachssteuer auf Immobilien reicht nicht aus, um die Erbanfallsteuer zu ersetzen, und eine solche auf Wertpapiere ist unmöglich; und zum dritten häßt die Regierung mit ihrem Entgegenkommen die Vorbeineigkeit der Konservativen, die nachgerade meinen müssen, der Regierung Wilows alles bieten und alles von ihr eritrogen zu können. Nachdem heute die Konservativen jedes Entgegenkommen abgelehnt hatten, mußte die Regierung erst recht fest beharren und nicht durch eine doch fruchtlose Konvention die Tragfähigkeit der Konservativen noch vergrößern. Das hätte nach außen einen weit besseren Eindruck gemacht und die Position der Regierung in den nationalen Wählermassen weit mehr gestärkt als ihr Eingehen auf die Reichswertzuwachssteuer, gegen deren überstürzte Einführung sie selbst die schwersten Bedenken hat.

Eine Klärung haben die heutigen Beratungen nicht gebracht. Regierung und Konservative, Konservative und Liberale stehen sich und wie vor scharf gegenüber. Aus der verworrenen Lage scheinen nicht mehr faustmütige Verhandlungen mit den Konservativen, sondern nur noch Festigkeit und Entschlossenheit ihnen gegenüber herauszuführen zu können. Konservative und Zentrum dominieren. Wie lange will Wilow diesen Zustand ertragen, bei dem sein und des Reiches Ansehen Schaden leiden, bei dem wir nie zu einer gründlichen Sanierung der Reichsfinanzen kommen können? Wir sehen keinen anderen Ausweg, als daß der Reichskanzler nun endlich den offenen Kampf gegen die Konservativen aufnimmt.

* * *

Deutscher Reichstag.

W. Berlin, 29. April. Am Bundesratssitz: v. Bethmann-Hollweg. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten. Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation betr. gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der von den Arbeitgebern für ihre Arbeiter in den Betrieben errichteten Pensions-, Witwen- und Waisenkassen. v. Bethmann-Hollweg erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Severing (Soz.) begründet die Interpellation und führt aus: Durch eine reichsgesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse dieser Kassenrichtungen wird den zutage getretenen Mängeln begegnet werden können, insbesondere die Ansprüche der aus dem Betrieb ausscheidenden Arbeiter zu wahrer durch die Berücksichtigung der Arbeiter auf freiwillige Weiterversicherung oder die Verpflichtung der Kassen auf Rückzahlung der Beiträge. In der Form, wie sie in den meisten Betrieben heute bestehen, sind sie mit allen möglichen Bedingungen verknüpft. In den Höfster-Harbwerken ist den Arbeitern durch die Verwaltung das Koalitionsrecht unterbunden worden. In den Krappschien Werken wird den ausscheidenden Arbeitern jeder Anspruch abgesprochen, sobald sie sozialdemokratische Vertrauensmänner sind. Auch die bürgerlichen Sozialpolitiker sind nicht einverstanden mit dieser Art von Wohlfahrtskassen. Von einem Mitbestimmungsrecht und Mitverwaltung der Arbeiter ist keine Rede. Wesentlich liegen die Verhältnisse bei der Seemannskasse des Norddeutschen Lloyd, bei der ein Einfluß der Arbeiter gänzlich ausgeschlossen ist. Der Ausschuss hat allein die Gestaltung der Statuten zu bestimmen.

Der Thronwechsel in der Türkei.

Abdul Hamid in Saloniki.

Saloniki, 29. April. Der jetzige Sultan Abdul Hamid ist mit 11 Frauen und 2 Bräuten und 6 Personen seines ehemaligen Hofstaates in der Nacht mit Extrazug hier eingetroffen. Auf dem durch Militär abgeperrten Bahnhofe wurde er von mehreren hohen Beamten aus dem Hofstaat empfangen. Unter einer Kavallerieskorte wurde er nach der Villa Kallitai gebracht, wo er interniert ist und streng militärisch bewacht wird.

Saloniki, 29. April. Die Fahrt Abdul Hamids von Konstantinopel nach Saloniki ist ohne Zwischenfall verlaufen. Abdul Hamid ist sehr niedergelagert und abgemagert. Er scheint unter dem Eindruck der letzten Ereignisse zu leiden. Die Gemüthsstimmung scheint erschüttert. Er verbrachte die Fahrt meistens vor sich hinträumend und sah schummernd. Er verlangte weder Speise noch Trank, nur einmal ein Glas Wasser. In milder Haltung verließ er den Waggon und überließ sich seiner Umgebung. Er wurde sodann in den Wagen geführt, in dem er mit den Prinzen Platz nahm. Unter harter Kavalleriebegleitung erfolgte die Fahrt nach der Stadt. Die Frauen hatten die Schleiter zurückgeschlagen und schritten neugierig an den Wagenfenstern. Viele glaubten einen Transport gefangener Würdenträger vor sich zu haben. Nur wenige hatten von der Ankunft Abdul Hamids Kenntnis. In den Straßen sind sehr starke Militärposten aufgestellt. Das Volk feierte noch die Thronbesteigung des neuen Herrschers. Ueberall ist Musik und Gesang. Die Straßen sind geflaggt. Die Illumination ist schon teilweise verübt.

Englische Aeußerungen zum Thronwechsel.

London, 29. April. Die revolutionären Machtfaktoren in Konstantinopel werden namentlich von dem Teil der Presse, der die auswärtigen Vorgänge nach ihrem Nutzen für England zu beurteilen pflegt, mit wenig verhaltenen Mißtrauen aufgenommen. Die „Times“ findet, daß der schließliche Sieg der Reform-Partei das einzige Mittel zur Erhaltung der Türkei sei, daß aber sehr hervorragende Eigenschaften und Glück dazu gehören, dieses Ziel zu erreichen. Dem „Daily Telegraph“ verursachen die verbündlichen Redensarten über Deutschland, die der neue Sultan und Schah Persien gegenüber dem Korrespondenten eines Berliner Blattes gemacht hat, hartes Unbehagen. Man könne sich nicht darüber täuschen, daß neuerdings Deutschland einen großen Teil seiner früheren Stellung in der Türkei wieder gewonnen habe und daß England aus Gründen, die außerhalb der Kontrolle des auswärtigen Amtes ständen, den zu Anfang der Revolution eingenommenen Vorrang nicht mehr ungestört behaupten könne, doch müßten sich die Jungtürken daran erinnern, daß die englische Flotte noch immer der wirksamste Faktor für die bedingungslose Einhaltung des status quo sei.

* * *

Konstantinopel, 29. April. Der „Sabah“ eröffnet eine Sammlung für die Errichtung dreier Denkmäler, eines außerhalb der Stadt zur Erinnerung an den Kampf der moralischen Truppen, eines in Iffesik an dem Soldatengrab und eine Siegesdenkmal auf dem Parlamentshofe. Heute findet ein großes Soldatenfest außerhalb der Stadt für freiwillige und Rekruten statt, worauf der Abtransport beginnt. Die Nachrichten über eine allgemeine oder teilweise Amnestie sind unbestimmt. Mit dem neuen Sultan wurde vereinbart, daß zum wahrenenden Beispiel die Hauptführer der Revolution vom 13. und 27. April bestraft werden. Verhaftete Personen, insbesondere Soldaten, sollen möglichst milde behandelt werden.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Neustadt, 29. April. Eine sonderbare Expression wurde von hier aus in Szene gesetzt. Der 28 Jahre alte frühere Gärtnere Schid von Wizingen diente in Wehr als Soldat. Er sandte nun vor einigen Tagen an einen dortigen Branereibesitzer einen Brief, worin er diesem anbot, er werde einen Roman schreiben, worin auch das Verhältnis der Tochter des Branereibesitzers mit einem Unteroffizier vorkomme. Hierfür bekomme er 5000 Mark. Wenn ihm der Adressat die 5000 Mark schide, werde er den Roman nicht schreiben. Antwort erwartete Schid unter S. 100 postlagernd Neustadt. Der Branereibesitzer machte der hiesigen Polizei Mitteilung. Am Samstag wurde Schid durch einen Schutzmann in Zivil am Posthalter festgenommen, als er den Brief abholen wollte. Auf dem Polizeibureau wurde festgestellt, daß Schid beim Militär einen Schlüssel erlitten habe und infolge dessen unzurechnungsfähig sei, so daß man ihn vorerst wieder freiließ.

Volkswirtschaft.

Saatensand in Baden Mitte April 1909.

Der lang andauernde Winter hat allenfalls die Vegetation sehr lange zurückgehalten, so daß der Stand der Winterfrucht vorläufig noch schwer zu beurteilen ist. Im allgemeinen haben die Saaten durch den Winter ziemlich stark gelitten. Früh gesäte Frucht sieht meist besser als späte. Weizen ist teilweise dünn besetzt. Infolge Mäusefraßes im vorigen Herbst und auch den Winter über, sowie auch durch die Einwirkung strenger Kälte auf nicht mit Schnee geschütztem Gelände zeigen sich mangelnde leere Stellen auf Getreide- und Futteräckern. Besonders stark zeigt sich diese Erscheinung in den Rottleedäcern, bei denen auch Auswintungen ziemlich häufig sind. Wie viel Flächen umgepflügt werden müssen, kann erst im Mai festgestellt werden; durch günstige, feuchtwarme Witterung kann sich wohl noch mancher bis jetzt geringe Acker erholen. Die Bestellung der Sommerfrüchte ist zurzeit bei günstigem Wetter im Gange, dieselbe auch schon brennbar, und die junge Saat bereits sichtbar. Auch mit dem Kartoffelstand wird schon fast allenfalls begonnen. Um die Mitte des Monats berechnete der Stand der Saaten nach der Stufenfolge einer Nr. 1 sehr guten, Nr. 2 guten, Nr. 3 mittleren (durchschnittlichen), Nr. 4 geringen, Nr. 5 sehr geringen Ernte. Bei Winterweizen zu 2,8, dagegen im April 1908 zu 2,3; bei Winterpels 2,7 (2,3); bei Winterroggen 2,7 (2,1); bei Winterweizen mit Roggen 2,7 (2,0); bei Winterpels mit Roggen 2,8 (2,2); bei Winterpels mit Weizen 2,8 (2,3); bei Acker (auch mit Beimischung von Gräsern) 2,9 (2,4); bei Luzerne 2,6 (2,3); bei Wiesen, bewässerbare, 2,0 (2,3); andere 3,0 (2,5).

Leitz-Getriebe G. m. b. H. Mannheim.

Ein sehr bedeutender Fortschritt ist in der Entwicklung des Automobilwesens durch die Erfindung des Daimlermotors Leitz dadurch gemacht worden, daß es ihm gelungen ist, die Frage der hydraulischen Kraftübertragung in einer für den Automobilbau wichtigen Weise zu lösen.

Die Erfindungen des Herrn Leitz sind auf ihren praktischen Wert hin seit längerer Zeit erprobt und von einer Gruppe, zu der die Daimler-Motoren-Gesellschaft, die Mercedes-Gesellschaft, Heinrich Lang, die Deutsche Bank, der Wiener Bankverein, die Württembergische Vereinsbank und Geht, Pfeiffer u. Co. gehören, erworben und zur weiteren Ausbeutung übernommen worden.

Die Gesellschaft zur Bearbeitung und zum Vertrieb ist unter der Firma Leitz-Getriebe G. m. b. H. mit dem Sitz in Mannheim insgesehen errichtet und der langjährige Mitarbeiter des Herrn Leitz, Herr Oberingenieur Camillo Franz, zum Geschäftsführer der Gesellschaft ernannt worden.

Generalversammlung der Bayerischen Vobankreditanstalt.

© Würzburg, 29. April.

In der gestrigen Sitzung verlas Staatskommissar Reg.-Rat Bogendörfer-Würzburg folgenden, vom 27. April datierten Ministerialerlass:

Wie aus dem vorgelegten neuen Geschäftsberichte für die Jahre 1906, 1907 und 1908 mit Befriedigung entnommen werden konnte, ist die Aufstellung der neuen Bilanzen den Grundrissen einer rücksichtslosen Offenheit und größtmöglichen Vorsicht unter Geschäftsführung in weitgehendem Maße Rechnung getragen worden, indem der Geschäftsgewinn vor allem zu ausgiebigen Abschreibungen und Rückstellungen verwendet und dagegen die Dividende teils ganz gestrichen, teils gekürzt worden. Der gegenwärtigen Direktion kann die Anerkennung nicht versagt werden, daß sie und zwar unter dankenswerter Mitwirkung der beigezogenen Direktions-Mitglieder der Bayerischen Handelsbank ihrerseits mit der Gewissenhaftigkeit eines ordentlichen Kaufmanns bestrebt war, für die Zukunft eine vollständige Gesundung in den Verhältnissen der Bank anzubahnen und ihr das für eine gedeihliche Fortführung des Geschäftsbetriebs erforderliche Vertrauen zu sichern. Der Aufsichtsrat hat mit einem nicht zu unterschätzenden Maße von Selbstverleugung und Objektivität die Bestrebungen durch Genehmigung der neuen Geschäftsabschlüsse unterstützt. Entscheidend für das Schicksal des Bankinstituts ist nunmehr das Ergebnis der auf 28. ds. berufenen Generalversammlung. Das Staatsministerium vertritt die Auffassung, daß die erforderliche Ruhe für die Vobankreditanstalt und die Möglichkeit ihrer Weiterentwicklung davon abhängig ist, ob die jetzigen Anträge der leitenden Organe der Bank die erforderliche Zustimmung der Mehrheit der Generalversammlung finden und zwar in der Weise, die geeignet ist, den etwaigen Ansetzungen der Beschlüsse von vornherein die sachliche Grundlage zu entziehen. Sollte ein derartiges Ergebnis in der Generalversammlung nicht erzielt werden, so könnte vom Standpunkt der Staatsaufsicht die schwersten Bedenken gegen eine Fortsetzung der Wiederaufnahme des Hypotheken- und Pfandbriefgeschäftes nicht unterdrückt werden. Sie sind ermächtigt, diese Verfassung auch in der Generalversammlung mit entsprechendem Nachdruck zu vertreten."

n. Mannheimer Produktenbörse. Die von den amerikanischen Börsen gemeldeten höheren Kurse übten auf die Tendenz des hiesigen Marktes keinen Einfluß aus, da Argentinien sowohl, als auch Rußland etwas mehr entgegenkommend ist. Speziell das unter den direkten Offerten vorliegende Angebot der zweiten Band wirkt entmutigend. Die Umsätze in allen Getreidearten sind nicht von Belang; der Konsum nimmt nur die notwendigen Bedarfsanschaffungen vor. In Wehl ist das Geschäft andauernd schlappend. Die Preise im hiesigen offiziellen Kursblatt erlitten für Weizen eine Einbuße von 25 Pfg. Ebenso wurden die Preise für Futtergerste, Donau- und Zaplatamais um 25 Pfg. pro 100 Kg. ab Mannheim ermäßigt. Auch für Weizenmehle wurden die Notizen um 25 Pfg. pro 100 Kg. herabgesetzt.

Vom Auslande werden angeboten die Tonne, gegen Kassa, Rotterdam: Weizen Zaplata-Babio-Blanca oder Barletta-Rußo April M. 196.—, do. ungar. Ausfaat 80 Kg. schwimmend M. 196.50, do. Rosario Santa Fe 80 Kg. per schwimmend M. 197, Zaplata per März-April-Abladung von M. 193 bis 196, Padmiter Western der Dezember M.—, Herbstwinter 2 schwimmend M.—, Rumänier nach Muster 79-80 Kg. schwimmend M. 190, do. gewichtlos nach Muster schwimmend M. 193 bis

196, Rumänier 79-80 Kg. 3 Proz. blauepel per August-September 172 M. Uffaweizen 9 Pub 20-25 per M. 189 bis 190, 10 Pub schwimmend von M. 195 bis 196.

Roggen russ. 9 Pub 19-15 schwimmend M. 147.50 do. 9 Pub 15-20 per labend M. 148, Bulgar.-Rumän. 71-72 Kg. schwimmend M. 148.50, Norddeutsche 71-72 Kg. prompte Abladung M. 135.—.

Gerste russ. 58-59 Kg. per März-April M. 120, do. 59-60 Kg. per März-April M. 120.50, Donau 58-59 Kg. per März-April M. 120.50, do. 59-60 Kg. per März-April M. 121.50, Zaplata 59-60 Kg. schwimmend M. 121.—.

Safer russ. prompt 46-47 Kg. M. 122.50, do. 47-48 prompt M. 123.50, Donau nach Muster schwimmend von M. 120 bis 121, do. per März-April M. 120, Zaplata 46-47 schwimmend M. 117½ bis 119.—.

Mais Zaplata gelb rye terms der Mai-Juni, Juni-Juli M. 119, Donau per April-Mai M. 121, Koorossit schwimmend M. 124, Nize-Mais prompt M. 131, amerikanisches Weismais M. 137.—.

Witter- und Drahtschleife Maschinenfabrik A.-G. vorm. L. N. Enginger vorms-Berlin. Auf der Tagesordnung des Unternehmens, das seine Dividende von 18 auf 11 Prozent ermäßigt hat, steht u. a. auch die Aufhebung des Reichsflusses der Kapitalserhöhung um M. 200 000 auf M. 170 Mill.

Die Hessische Landeshypothekbank, Darmstadt, gibt bekannt, daß sie in Forderung der bisher gültig gewesenen Darlehensbedingungen den Satz der Geldbeschaffungsloshenvergütung mit Wirkung für die vom 27. April 1909 ab zu erzielenden Zulagen für Hypothek- und Kommunaldarlehen bis auf weiteres auf 0,50 Prozent ermäßigt hat.

Das Württembergische Porzellanfabrikwerk in Lauffen a. N. verzeichnet 995 429 (i. R. 965 140) Fabrikationsüberschuss und 44 000 (i. R. 45 600) Reingewinn des Geschäftsjahres. Nach M. 51 930 (M. 54 719) Abschreibungen blieb ein Reingewinn von M. 414 512 (M. 318 050), über dessen Verwendung die Abschlußveröffentlichung auch diesmal wieder Angaben unterläßt. Da Aktienkapital beträgt M. 2 600 000, die Reserven 410 000 Mark (i. R. i. R.).

Stuttgarter Immobilien- und Bausgesellschaft, Stuttgart. Im abgelaufenen Jahr erzielte das mit M. 500 Mill. Grundkapital ausgestattete Unternehmen nach M. 249 574 (i. R. Mark 171 480) Abschreibungen einen Reingewinn von M. 1 804 603 (M. 1 851 245), wovon 11 Prozent Dividende verteilt werden gegen 15 Prozent im Vorjahr. In der Bilanz figurieren die Grundstücke mit M. 5,65 Millionen (M. 5,64 Mill.), die Beteiligungen bei fremden Unternehmen (verschiedene Zementwerke) mit M. 2,67 Mill. (M. 2,72 Mill.), die wieder in einem Posten zusammengefaßten Waren, Pferde und Utensilien liegen auf M. 1,04 Mill. (M. 0,65 Mill.). Die Geschäftsausstände betragen M. 0,70 Mill. (M. 0,85 Mill.), diverse Debitoren M. 0,75 Mill. (M. 0,75); an Aktiendepositen standen unverändert M. 405 000 und in Konfiskationsforderungen M. 222 150 (M. 208 450) aus. Andererseits liegen die Hypothekensummen und Anleihen weiter auf M. 834 225, die später fälligen Verbindlichkeiten und vorübergehende Reserven gingen auf M. 0,25 Mill. (M. 101 Mill.) zurück. Die Reserven betragen M. 1,65 Mill.

Matthes u. Weber, A.-G., Duisburg. Die Gesellschaft (hem. Fabrik) erzielte nach M. 201 482 (195 191 M.) Abschreibungen einen Gewinn von M. 412 222 (M. 379 678), woraus wieder M. 100 000 zu Extraabschreibungen verwandt, M. 50 000 (0) an die Reserve überwiesen, wieder 10 Prozent Dividende auf M. 1,5 Millionen Grundkapital verteilt und M. 45 049 (M. 68 614) vorgezogen wurden.

Dem Getreideverkehr des Bremischen Hafens soll eine Erleichterung dadurch geschaffen werden, daß ein neuer großer Getreideflor errichtet wird. Und zwar plant diesen Bau die Bremer Rolandmühle, Vorkäuflich wird die Ausführung des Planes jedoch noch verzögert, denn der Bremische Staat hat seinerseits das Gelände um die neuen Hafenanlagen in seinen Besitz gebracht und will davon nicht an eine Privatfirma abgeben. Zum mindesten verlangt er von der Rolandmühle, daß diese sich verpflichtet, keinem anderen das Terrain zu verkaufen, bevor sie es nicht dem Staate zu gleichem Preise angeboten hat. Vorkäuflich will die Mühle nicht auf diese Bedingung eingehen.

Kaltwerke Saxe, Aktiengesellschaft. Im ersten Vierteljahr 1909 wurde der Schacht von 728,5 Meter bis 760 Meter abgeteuft und ausgemauert. Bis Vierteljahresabschluss war er mit Ausnahme der Spurlatten bis zur Teufe von 340 Meter fertig ausgebaut. Die Bauarbeiten für die Kesselhäuser wurden begonnen. Mit dem Aktiendividend wurde ein vorläufiger Vertrag abgeschlossen, wonach die Gesellschaft bis zum 30. Juni verpflichtet ist, keine außerordentlichen Verkäufe zu tätigen, während das Syndikat nach Aufnahme der Förderung vierförmig sechs Ladungen Kainit und eine Ladung 20proz. Kalidüngesatz abzunehmen hat. Da man im Schachte selbst zwei Kallager durchsuchen hat, dürfte jedoch nach Fertigstellung des Schachthausbaues, also voraussichtlich schon im Monat Juni, eine Salzabnahme des Syndikats in Frage kommen.

Telegraphische Handelsberichte.

Konkurrenz.

* Frankfurt a. M., 29. April. Ueber das Vermögen des Baumunternehmers Gebr. Zull in Gießen ist lt. „Frkf. Ztg.“ das Konkursverfahren eröffnet worden.

* Hamburg, 29. April. Das Konkursverfahren über die Nordische Küstenfahrt A.-G. ist lt. „Frkf. Ztg.“ mangels Masse eingestellt worden.

Rölnner Bergwerksverein.

* Köln, 29. April. Die Generalversammlung des Rölnner Bergwerksvereins genehmigte die 30prozentige Dividende wie im Vorjahre. Der Generaldirektor teilte mit, daß die ungünstige allgemeine Lage der Industrie sich auch im ersten Viertel des laufenden Geschäftsjahres beim Rölnner Bergwerksverein fühlbar gemacht habe. Trotz des Rückganges könne aber lt. „Frkf. Ztg.“ ein befriedigendes Ergebnis auch für das laufende Jahr erwartet werden, wenn die Beschäftigung die gleiche bleibe.

Zentralbahn, A.-G., München.

* München, 29. April. In der Generalversammlung der Zentralbahn A.-G. München wurden die Vorschläge einstimmig genehmigt und die Dividende mit 3 Proz. gegen 3½ Proz. i. V. festgesetzt. Der Vorsitzende teilte auf eine Anfrage mit: der Rückgang des Gewinns sei auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse im Jahre 1908 und die staatliche Einlösung der Lokomotiven Murnau-Portenkirchen zurückzuführen. Doch dürfe man lt. „Frkf. Ztg.“ dies nicht trübselig nehmen, wenn auch der bisherige Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1909 wiederum nicht günstig sei. Bezüglich der Einnahmen in Ungarn sei anzunehmen, daß eine Minderung in 1909 nicht eintreten werde.

Solinger Bank in Konkurs.

* Gießen, 29. April. Die heutige Regerechtlage der Konkursverwaltung der Solinger Bank gegen den Aufsichtsrat

war auf Antrag beider Parteien auf den 17. Juni vertagt, um zunächst lt. „Frkf. Ztg.“ die Resultate der angebotenen außergerichtlichen Vergleichsverhandlungen abzuwarten.

Neue Anleihen des Reiches und Preußens.

* Berlin, 29. April. Die Zeichnung auf neue Anleihen des Reiches und Preußens geben bisher sehr befriedigend ein. Das Privatpublikum meldet außer Sperrkäufe große Beträge von Schuldbeiträgen an, wozu laut „Frkf. Ztg.“ die um ¼ Prozent ermäßigten Preise und die Aussicht auf volle Zuteilung beiträgt. Die Auflegung von 3½ und 4proz. Titres scheint das Richtige zu sein, denn die bisherigen Anmeldungen lassen ein lebhaftes Begehren beider Typen erkennen.

Von der Reichsbank.

* Berlin, 29. April. In der heutigen Monatsitzung des Zentralauschusses der Reichsbank führte der Vorsitzende, Vizepräsident v. Glasenapp aus: Der Stand der Bank habe sich seit dem letzten Ausweis weiter etwas gebessert. Einer Diskontermäßigung könne aber noch nicht wegen der Nähe des Ultimos näher getreten werden. Es müsse erst die Gestaltung der Verhältnisse des neuen Monats abgewartet werden.

Verkauf der Diavel-Eisenbahn an den Kolonialfonds.

* Berlin, 29. April. Dem Vernehmen nach fanden gestern Abend zwischen dem Reichskolonialamt und der Diavel-Eisenbahn und Eisenbahngesellschaft Verhandlungen über den Verkauf der Diavel-Eisenbahn an den Kolonialfonds statt. Als Preis auf der Basis der vermittelten heutigen Gesehungskosten sind den Bauzinsen und dem üblichen Unternehmergewinn wurde ein Betrag von 22 Millionen in Aussicht genommen. Gleichzeitig mit dem Verkauf der Diavel-Eisenbahn an den Kolonialfonds soll der Preis auf der Basis der vermittelten heutigen Gesehungskosten sind den Bauzinsen und dem üblichen Unternehmergewinn wurde ein Betrag von 22 Millionen in Aussicht genommen. Gleichzeitig mit dem Verkauf der Diavel-Eisenbahn an den Kolonialfonds soll der Preis auf der Basis der vermittelten heutigen Gesehungskosten sind den Bauzinsen und dem üblichen Unternehmergewinn wurde ein Betrag von 22 Millionen in Aussicht genommen.

Von der Gotthardbahn.

* Luzern, 29. April. Die Generalversammlung der Gotthardbahn nahm einstimmig die Tagesordnung an und setzte die Dividende auf 6 Prozent (i. R. 7 Prozent) fest. Noch in letzter Stunde ist eine schwebende Verhandlung mit dem Bundesrat in der Rückkaufangelegenheit erfolgt. Insbesondere wird der kapitalisierte Reinertrag auf 212½ Francs festgesetzt. Ferner übernimmt der Bund die 3½proz. Obligationsschuld von 117 Millionen und zahlt eine Entschädigung von 6 Millionen an die Gotthardbahn. Die Gesellschaft tritt am 1. Mai in Liquidation. Der Verwaltungsrat hält dies lt. „Frkf. Ztg.“ einigermassen für eine Etappe zur schließlichen vollständigen Verständigung zwischen Bund und Bahn.

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

* Frankfurt a. M., 29. April. (Fondsbörse.) Die Börse war heute im wesentlichen unverändert fest und zuversichtlich, auch der Verkehr zeigte einen lebhaften Charakter. Der Bahnenmarkt lag im übrigen ruhiger, Lombarden abgeschwächt, dagegen Staatsbahn und Baltimore fest. Schiffahrtsaktien behielten ebenfalls ihre gute Tendenz. Die Nachricht über den Verkauf der Otavibahn stimulierte den Bankenmarkt, wovon besonders Diskonto profitierte, Handelsgesellschaft steigend, ebenso waren Darmstädter und Deutsche Bank bevorzugt. Auf dem Gebiete der Industrieaktien vollzog sich das Geschäft ruhiger, ohne dass die feste Grundstimmung des Marktes verändert worden wäre, chemische Werte fest, Kunstseide sehr fest und lebhaft, auch Maschinenfabriken höher bezahlt. Auf dem Fondsmarkt waren Russen lebhaft, übrige Werte gut behauptet, von heimischen Anleihen zeigten 4proz. feste Tendenz. Die übrigen Anleihen ruhig und ziemlich fest. Das Anziehen des hiesigen Privatdiskonts um ¼ pCt. hemmte im weiteren Verlauf das Geschäft. Wie vorauszusehen war, hat der Zentralauschuss der Reichsbank den Diskont unverändert belassen, was auf die Tendenz wenig Eindruck machte. Die Nachbörse blieb für Montanwerte fest. Das Geschäft war ruhiger, Nordd. Lloyd lebhafter. Banken mässig abgeschwächt auf Tagesrealisationen. Es notierten Kreditaktien 201,70 à 50, Diskonto 191,30 à 20, Dresdner Bank 151,80, Staatsbahn 150,80 à 60, Lombarden 17,50, Baltimore 114, Lloyd 90,60 à 91. Bezugsrecht für württembergische Bankanstalt notierte 5,10 bez. G. und Württembergische Vereinsbank 5,35 bez. G.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Schlusskurse.

Reichsbankdiskont: 3½ Prozent.

Wechsel.

Table with columns for location (Katharinen, Belgien, Oesterreich, London) and exchange rates for 28 and 29 days.

Aktien industrieller Unternehmen.

Table listing various industrial stocks and their prices, including categories like Schiffbau, Maschinenbau, and Bergbau.

Staatspapiere, A. Deutsche.

Table of German state securities including Reichsanleihe, Pr. Anleihe, and various municipal bonds.

Bergwerksaktien.

Table of mining stocks such as Bochumer Bergbau, Wabener Bergbau, and others.

Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Table of transport company stocks including Hamburg-Amerika, Norddeutscher Lloyd, and others.

Bank- und Versicherungsaktien.

Table of bank and insurance stocks such as Deutsche Bank, Dresdener Bank, and others.

Berliner Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Report on the Berlin stock exchange, dated April 29, 1909, discussing market activity and various securities.

Berlin, 29. April. (Schlussliste.)

Final closing list for Berlin, 29 April, listing various securities and their prices.

W. Berlin, 29. April. (Telegr.) Nachbörse.

Afternoon market report from Berlin, 29 April, via telegram.

Pariser Börse.

Paris, 29. April. (Anfangsbörse.)

Table of Paris stock exchange data, including bond yields and various securities.

Londoner Effektenbörse.

London, 29. April. (Telegr.)

Table of London stock exchange data, including various securities and market movements.

Mannheimer Effektenbörse.

vom 29. April. (Offizieller Bericht.)

Official report of the Mannheim stock exchange for April 29, 1909.

Table of Mannheim stock exchange data, categorized by sectors like banks, industry, and transport.

Table of Mannheim stock exchange data, categorized by sectors like industry, transport, and other securities.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

vom 29. April.

Die Notierungen sind in Reichsmark, gegen Verzählung per 100 Kilo bahntreue hier.

Table of Mannheim commodity market prices for various goods like wheat, oil, and other products.

Überseische Schiffsahrts-Telegramme.

Overseas shipping news telegrams, including arrivals and departures of ships.

Dampfer-Expeditionen des Norddeutschen Lloyd in Bremen ab Bremerhaven vom 25. April bis 1. Mai 1909.

Geschäftliches.

Business news section mentioning a wine exhibition and other commercial activities.

Marx & Goldschmidt, Mannheim.

Telegrams: BARGOLD. Fernsprecher: Nr. 56 und 1031. 29. April 1909. Provisionsfrei!

Table of Marx & Goldschmidt products and prices, including various goods and services.

Responsible person: Für Politik: Dr. Fritz Goldensbaum; für Kunst und Technik: Georg Christmann; für Lokale, Provinziales u. Gerichtszeitung: Rich. Schäufelber; für Volkswirtschaft und den übrigen redakt. Teil: Franz Kircher; für den Inseratenteil und Geschäftliches: Fritz Joad.

Advertisement for Dr. Dralle's Birken-Haarwasser (Beech Bark Hair Water) for hair care.

Advertisement for Richard Brandt's Swiss Pills (Schweizerpillen) for various ailments.

